

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Bundesministerium für Jugend,
Familie und Gesundheit

Zur alternativen Kultur
in der Bundesrepublik Deutschland

Heiner Geißler

Die alternative Kultur
als politische Herausforderung

Peter Glotz

Sozialdemokraten
und Jugendprotest

Günter Verheugen

Statt großer Worte –
Mut zum Risiko

Edmund Stoiber

Verständnis zwischen
den Generationen

ISSN 0479-611 X

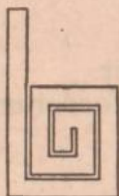
B 39/81

26. September 1981

Mit dieser Ausgabe der „Beilage“ will die Redaktion die bereits angelaufene Diskussion über aktuelle Tendenzen in der Jugend (vgl. dazu z. B. die Kontroverse zwischen von Balluseck, von Cube, H. und Th. Castner in B 30/79 und B 21/80) fortführen. „Aufhänger“ ist ein Papier (oder auch „Paper“), das Anfang dieses Jahres im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit entstand und nach einer Diskussion im Kabinett zur Information über Aussteiger, alternative Kultur usw. dienen sollte. Es wurde den Mitgliedern der Bundesregierung und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Die Redaktion hat die Generalsekretäre der vier im Bundestag vertretenen Parteien gebeten, sowohl zur Einschätzung der alternativen Kultur als auch zu den politischen Schlußfolgerungen des „Papiers“ Stellung zu beziehen. Ob dieses Experiment geglückt ist, sei dahingestellt — dies hängt wohl von den jeweils zugrunde gelegten Erwartungen ab.

Zumindest zweierlei leistet diese Ausgabe der „Beilage“ jedoch mit Sicherheit: Sie stellt ein relativ unkonventionelles Arbeitspapier aus einem Ministerium vor; und sie spiegelt die vorherrschenden Strömungen zur Auseinandersetzung mit der jungen Generation in den vier großen Parteien unseres Landes wider.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland

I. Vorbemerkung

Die alternative Szene oder Kultur ist in den letzten Monaten insbesondere durch die Hausbesetzungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele jugendpolitischen Probleme keinen oder nur wenig Bezug zur alternativen Kultur haben — auch wenn sie weit verstanden wird.

Jugendprobleme lassen sich darstellen als Probleme des Einstiegs und der Integration in die Gesellschaft. Dabei spielen neben anderen Bereichen die beruflichen Perspektiven eine besonders wichtige Rolle. Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit z. B. wirken sich nicht nur direkt auf die betroffenen arbeitslosen Jugendlichen aus, sondern indirekt fördern sie ein Bewußtsein der Überflüssigkeit. Probleme des Einstiegs in die Gesellschaft haben junge Menschen, die nicht einsteigen können, und junge Menschen, die (so) nicht einsteigen wollen. Der Jugendliche sieht sich vor die Aufgabe gestellt, einen für ihn angemessenen Platz in der Gesellschaft einzunehmen und auszufüllen. Wenn er nun diese Gesellschaft gekennzeichnet sieht von Problemen wie Umweltbelastung, Rüstungswettlauf, Zwang zum Wachstum, Ungerechtigkeit in Beziehung zur Dritten Welt, mangelnde Lebensqualität, Schwierigkeiten, miteinander menschlich umzugehen, er sie, von Sachzwängen diktiert, als unveränderbar einschätzt, und dies zusam-

mengeht mit einem alltäglichen Lebensgefühl, nicht gebraucht zu werden, in entleerten Zwangsstrukturen funktionieren zu müssen, so nimmt die Bereitschaft ab, sich auf diese Gesellschaft einzulassen. Fragen der beruflichen Perspektive wirken verstärkend bzw. werden unter diesen Vorzeichen ebenfalls als belastend wahrgenommen.

In der Diskussion um „die Alternativen“ stellt sich zunächst das auch sprachliche Problem der Abgrenzung: Wer und was ist alles alternativ? Dabei sollte unterschieden werden:

- die alternative Bewegung, in der verschiedene soziale, politische und weltanschauliche Strömungen eine Rolle spielen; es werden Probleme thematisiert, von denen sich ein großer Teil der jüngeren Generation betroffen sieht;
- die Alternativszene im engeren Sinne als von der übrigen Gesellschaft relativ abgeschlossenes, weitgehend autarkes Milieu;
- Alternativprojekte, praktisch reformistische Erprobung von Utopien; Menschen unterschiedlichster Positionen arbeiten in Alternativprojekten zusammen;
- Alternativmentalität, weitgespannte Vorstellungen eines neuen Lebensstils, neuer Lebensqualität, von Selbstverwirklichung. Elemente davon finden sich im Bewußtsein breiter, vornehmlich jüngerer und „besser gebildeter“ Bevölkerungskreise.

II. Zum Erscheinungsbild der alternativen Bewegung

Bei der alternativen Bewegung handelt es sich um eine Gruppe, die bei aller Heterogenität getragen ist von einem Selbstverständnis als neue Bewegung, die sich Freiräume erkämpft hat und aus dem Bewußtsein moralischer Überlegenheit selbstbewußt ihren Lebensraum gestalten will.

Wenn sie auch als eine Bewegung angesprochen wird, so sind es doch sehr verschiedene soziale, politische und weltanschauliche Strömungen, die die Dynamik der Alternativbewegung ausmachen. Es gibt gemeinsame Aktionen, Treffpunkte, eine gemeinsame Presse, aber auch viel Abgrenzung, inhaltliche Aus-

einandersetzung untereinander, in vielen Gruppen auch fließende Grenzen zu etablierten gesellschaftlichen Einrichtungen.

Ausgehend von der eigenen Betroffenheit von unterschiedlichen gesellschaftlichen Krisenerscheinungen, Fehlentwicklungen und Mängeln (nicht einer theoretischen Analyse oder Konzeption!) erfolgt häufig als erster Schritt der Zusammenschluß mit anderen, die unter gleichen Problemen leiden, und danach die mehr oder weniger deutliche inhaltliche Bestimmung dieser Kritik. Gemeinsam werden alternative Entwürfe gelebt, eine neue Praxis entwickelt, die dann in vielen Gruppen auch politisch artikuliert und in Handlungsweisen umgesetzt wird.

Anhand dieser beiden Entwicklungsstränge, inhaltlich bestimmter Opposition gegenüber Mängeln der Mehrheitsgesellschaft, die auch in politischen Zusammenhängen geäußert wird, und Selbstbefreiung sowie neuer Lebensstil, sollen im folgenden die Initiativen dargestellt werden, die der alternativen Bewegung zuzurechnen sind.

Ausgehend von der Diskussion um die Grenzen des Wachstums, die Ausbeutung der natürlichen Lebenswelt des Menschen und die inzwischen manifest gewordenen Auswirkungen dieser Grenzen hat die *Ökologiebewegung* ein ökologisches Gesamtkonzept entwickelt mit dem Ziel, die Wohn-, Lebens-, und Arbeitswelt für die künftigen Generationen menschlicher zu gestalten.

Charakteristisch für diese Bewegung ist, daß politische Aktivitäten und Aktionen verbunden sind mit einer Unzahl praktischer Versuche, neue Lebens- und Arbeitsformen zu finden. Grundlage der Bewegung ist die kritisch-emotionale Abwendung vom System der Großtechnologien, das geprägt erscheint von Technokratie, Diktatur der Sachzwänge, der Verselbständigung der Wirtschaft von den menschlichen Bedürfnissen, sinnlosem Wachstum, Zentralisierung, Gigantomanie, Verschleiß, Raubbau und Umweltzerstörung. Die Gegenentwürfe der Ökologiebewegung zielen auf System- und Selbstbegrenzung, planvolle Auflösung von Wachstumszwängen, organische Reintegration der Produktion in die Naturumwelt, wirtschaftliche Entflechtung, Dezentralisierung der Produktion, Entwicklung von Mittel- und Kleintechnologien, Abbau politisch-ökonomischer Machtzusammenballungen, auf Verselbständigung kleiner Einheiten, auf Sparsamkeit sowie Wieder- und Weiterverwendung von Material und Produkten.

In eine ähnliche Richtung argumentieren lokale oder auch überregionale Bürgerinitiativen, die sich gegen einzelne technisch-bauliche Vorhaben wehren. Einige von ihnen sind Ende der sechziger Jahre als Wählerinitiativen für die SPD entstanden und mittlerweile zumeist Träger von außerparlamentarischen Aktivitäten im „Umweltschutzbereich“. Ihre Ziele: Erhaltung von überkommenen natürlichen, sozialen und gesellschaftlichen Strukturen gegen bürokratisch-technologische Veränderungen. Sie werden von unterschiedlichen politischen Seiten häufig auch als Instrument zur Durchsetzung höchst partikularer, zumindest privater Interessen benutzt.

Gegen die (vermeintliche) Einschränkung von bürgerlichen Rechten und Freiheiten haben sich *Bürgerrechtsbewegungen* gebildet, in denen Menschen aller Altersstufen und verschiedener Weltanschauungen sich für den Erhalt und die volle Verwirklichung dieser Rechte einsetzen. Einige Beispiele:

- Initiativen gegen Berufsverbote
- Humanistische Union
- Terre des Hommes
- Amnesty International
- Drittes Russell-Tribunal
- Vereinigung: Bürger beobachtet Polizei, Berlin.

Die Initiativen meinen, einer Entwicklung vom Welfare-Staat zum „Warfare-Staat“, vom Sozialstaat zum Sozialpolizeistaat zu erkennen und ihr widerstehen zu müssen.

In der *Friedensbewegung* und in *Dritte-Welt-Initiativen* findet sich in Nachfolge der Ostermarschbewegung ein breites Spektrum von der Bewegung der Kriegsdienstverweigerung über Solidaritätskampagnen mit den Unterdrückten in der Dritten Welt bis hin zur Kritik an Kultur- und Wirtschafts imperialismus gegenüber der Dritten Welt. Diese Bewegung ist stark in der evangelischen Kirche verankert und findet breiten Rückhalt in Jugendverbänden und in Studentengemeinden beider Konfessionen.

Ihre wichtigsten Grundsätze, Gewaltfreiheit und ziviler Ungehorsam, haben die anderen Zweige der Alternativbewegung beeinflusst.

Die *undogmatische „Neue Linke“* hat sich aus der Studentenbewegung und der APO entwickelt und ist am ehesten als deren Nachfolge anzusehen. Dies nicht nur, weil es eine Kontinuität maßgeblicher Personen gibt, sondern

weil sie nach wie vor im universitären, intellektuellen Milieu am stärksten vertreten ist. Das politische Spektrum reicht von Anhängern eines undogmatischen „wissenschaftlichen Sozialismus“ über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichsten Konzeptionen bis hin zu Marxisten. Sie sind kaum organisiert, lehnen den dogmatischen Marxismus-Leninismus ab, treten ein für Spontaneität, Autonomie und Selbstorganisation „Unterdrückter“, wollen vor allem an der Basis arbeiten. Ihr Verhältnis zur Gesellschaft bestimmt nach wie vor die Kritik des Kapitalismus, aber nicht, um in Verhältnisse des realen Sozialismus zu geraten, sondern, um in der Tradition der historisch unverzerrten Ursprünge des Sozialismus einen liberalen Selbstverwaltungssozialismus zu gewinnen. Im Dienste dieses Zieles haben sie als Gegengewicht zur orthodoxen marxistischen Dogmatik die Theorie des Anarchismus (Bakunin, Proudhon, Kropotkin, Landauer, Mühsam) wiederentdeckt. Auch von der Emanzipations- und Psychobewegung geprägt (Freud, Reich, Marcuse), entwickeln sie einen politischen Stil, der das Lustvoll-Witzige betont, die eigenen Bedürfnisse im Hier und Jetzt verwirklichen will: „Wir wollen alles.“ „Wir sind die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben.“

Im Stil ähnlich, aber in den Inhalten teilweise verschieden, sind die zahlreichen Spontigruppen, die sich auch vorwiegend im universitären Bereich anhand konkreter Problemsituationen zusammenschließen und nach Abschluß gemeinsamer Aktionen wieder auflösen.

An der *Frauenbewegung* wird besonders deutlich, wie sich das Bemühen um die Befreiung von überkommenen Strukturen in der eigenen Lebensweise mit politischer Aktion und Durchsetzung verbindet und gegenseitig beeinflusst. Sie ist eine politisch besonders wirkungsvolle Strömung der siebziger Jahre mit einem starken Äquivalent in der offiziellen Politik. Eine Vielzahl autonomer Frauenprojekte reicht in die alternative Szene hinein. Sie zielt auf die Überwindung der überkommenen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, auf gleiche Rechte, Freiheiten und Verantwortlichkeiten für Männer und Frauen sowohl im Bereich der unbezahlten gemeinsamen Haus- und Eigenarbeit als auch im Bereich der beruflichen Erwerbstätigkeit.

Die *Jugendzentrumsbewegung* hat vor allen Dingen die Prinzipien der Selbstverantwortung, der Selbstorganisation, der direkten Demokratie und der Basisorganisation in die al-

ternative Szene eingebracht. Jugendliche wollen mit selbstverwalteten Jugendzentren einen nichtkommerziell durchstrukturierten, nicht von Profis der Jugendhilfe durchpädagogisierten Freiraum, in dem sie ihre Freizeit selbst gestalten.

Grundlage ist auch die Annahme, daß das herrschende gesellschaftliche System, die sogenannte „Megamaschine“, die sozialen Gruppen entmische und die subjektiven Erwartungen ganzer Bevölkerungsgruppen wie Schüler, Studenten oder auch Rentner gegenüber den Produzierenden vernachlässige und sie in Randgruppenpositionen abdränge. Jugend werde zum Sozialfall gemacht!

Vorrangig um ein neues Bewußtsein, einen neuen Lebensstil und die Selbstverwirklichung geht es bei den folgenden Strömungen, die selbst kaum politische Aktionsformen entwickeln, sich mit den oben genannten Bewegungen wohl an manchen Punkten solidarisieren.

INHALT

- I. Vorbemerkung
- II. Zum Erscheinungsbild der alternativen Bewegung
- III. Alternative Projekte
- IV. Die alternative Presse
- V. Alternative Listen
- VI. Größenordnung, Potential und Mitgliedschaft der alternativen Kultur
- VII. Bereitschaft zur Gewaltanwendung
- VIII. Mögliche Folgerungen für die Politik

Alternative Lebensstile haben sich in der Bundesrepublik eher individuell entwickelt; doch lassen sich eine Reihe gemeinsamer Züge ausmachen: die Abwendung von einer Welt, die sich um Sachen und um das Besitzen von Sachen dreht, hin zu einer Welt, die sich mehr um Menschen und ihr Sein dreht (Erich Fromm). Dazu gehört auch die Absicht, durch Selbstvertrauen und Eigenarbeit Abhängigkeiten (von der „Megamaschine“) zu verringern, der Wunsch, in alten und neuen Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens der sozialen Isolation entgegenzuwirken. Kurz: die Idee, mit weniger besser zu leben. Dieser Wunsch verbindet sich mit dem Verlangen nach einer menschlich befriedigenden Ar-

beitssituation, deren Frustrationen nicht durch übersteigerten Konsum kompensiert zu werden braucht. Derartig begründete alternative Lebensweisen der selbstgewählten Einfachheit können in Deutschland z. B. auf die Tradition der „Lebensreformbewegung“ der Jahrhundertwende („Reformhäuser“) zurückgreifen.

Um eine radikalere Form alternativer Lebensweise handelt es sich bei der *Landkommunenbewegung*, in deren Begründung das Stadt-Land-Verhältnis als ein „Ausbeutungsverhältnis“ mit einfließt, bis hin zur Behauptung eines „inneren Kolonialismus“, der die ländliche Region zur abhängigen Peripherie der städtischen Metropolen „herabwürdigt“. Landschaftliche Kulturformen und -inhalte werden wiederentdeckt und zu bewahren gesucht. Die Überlieferung des Dialektes wird zur Überlieferung von aufs Neue als wertvoll angesehenen Deutungsmustern der Umwelt.

In Gegenbewegung zur Automatisierung und Funktionalisierung des einzelnen ist aus dem Bedürfnis nach ganzheitlichem Erleben, neuer Sinnlichkeit und Selbsterfahrung eine neue „*Psychokultur*“ entstanden mit eigenen Umgangsformen, Sprache und Gebärden. Selbstdarstellung und Ausdrucksfähigkeit sind neue Werte. Diese Form der alternativen Bewegung befindet sich im scharfen Gegensatz zu den lustfeindlichen, asketischen und dogmatischen Ideologien der K-Gruppen. Hinzu kommt seit Beginn der siebziger Jahre ein regelrechter Boom von mehr oder weniger qualifizierten Psychoangeboten, ein breiter grauer Markt, der neben den wenigen qualifizierten Möglichkeiten der Psychotherapie das Bedürfnis nach Hilfe in psychischen Krisen und nach ganzheitlichem Erleben aufgegriffen hat.

Eine ähnliche Motivation liegt dem neuen Spiritualismus und dem Bereich neuer religiöser Gemeinschaften zugrunde. In verschiedenen Meditationsformen, Yoga, vegetarischer Ernährung, Askese u. ä. werden neue religiöse Ausdrucksformen und Erfahrungen gesucht. Spiritualismus und die „neue Innerlichkeit“ waren anfangs sehr stark mit der Landkommunenbewegung verbunden, finden sich aber neuerdings auch in der städtischen Szene. In diesem Zusammenhang ist auch die Neuentdeckung Hermann Hesses und der Philosophie Rudolf Steiners zu nennen. Alte Mythen und Kulte werden ausgegraben, insbesondere aus der Indianerkultur, vereinzelt treiben Okkultismus und Mystizismus seltsame Blüten. Die eher totalitären Organisationen einiger neuer Jugendreligionen wie der Vereini-

gungskirche und der Scientology-Church liegen allerdings außerhalb des Rahmens alternativer Ideen und Lebensvorstellungen.

Auch die „*Homosexuellenbewegung*“ hat im Rahmen der Alternativbewegung ein Netz eigener Projekte verwirklicht. Die Enttabuisierung der Homosexualität zwischen Männern ist relativ weit entwickelt. Homosexualität zwischen Frauen tritt außerhalb der Frauenbewegung kaum in Erscheinung.

Die große Mobilisierungskraft dieser Bewegungen ist maßgeblich darauf zurückzuführen, daß sich die politischen Aktionen auf Themenbereiche beziehen, von denen sich ein großer Teil der jüngeren Generation betroffen sieht. Die von der klassischen Arbeiterbewegung thematisierte Eigentumsfrage scheint demgegenüber heute weniger zentral zu den subjektiv erfahrbaren Widersprüchen zu gehören. Ein Teil dieser neuen Bewegung hat allerdings, ausgehend von einem bestimmten Anliegen, in ihrer Arbeit gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen entwickelt und z. T. demokratisch-sozialistische Konzepte in die Diskussion eingebracht. Der Begriff einer sozialen Bewegung wird hier verwandt, da sowohl ein WIR-Gefühl aus einer Reihe gemeinsamer Grundvorstellungen heraus besteht als auch ein relativ kontinuierliches Handeln festzustellen ist. Daneben sind manche Alternativbewegungen auch mit einer Repolitisierungstendenz verbunden. Man findet überwiegend ein starkes Selbstbewußtsein aus dem Erfolg und Anwachsen der Bewegung heraus. Die politischen Einstellungen und Interessen von aktiven Trägern der Alternativbewegungen sind ansonsten durch eine starke Heterogenität gekennzeichnet: Das Spektrum reicht von antiparlamentarischen Auffassungen bis hin zu radikaldemokratischen und linkssozialdemokratischen.

Vereinzelt finden sich in der Diskussion um die Alternative Kultur Vorstellungen von einer Alternativszene im engeren Sinne, für die die relative *Abgeschlossenheit des gesamten Lebensmilieus* von der übrigen Gesellschaft kennzeichnend sei, wobei alle wesentlichen menschlichen Bedürfnisse (Produktion, soziale Absicherung, Information, Kommunikation) innerhalb eines solchen integralen Lebenszusammenhangs befriedigt werden könnten.

Sicherlich will eine Reihe der Jugendlichen der Szene sich von den gesellschaftlichen Zwängen abheben, um in der „Autonomie“ angesichts der als übermächtig empfundenen

Entfremdungserscheinungen in der „ersten Kultur“ das Überleben zu organisieren. Es gibt auch Entwicklungsstränge innerhalb der Szene, die dies radikal durchführen wollen, jeden Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft verweigern oder ironisieren (besonders in der Zür-

cher Bewegung). In den Projekten und Initiativen der Szene ergeben sich jedoch vielfache Berührungspunkte mit der Mehrheitsgesellschaft, viele von ihnen streben auch bewußt eine gesamtgesellschaftliche Ausstrahlung an.

III. Alternative Projekte

Gerade in den alternativen Projekten werden die Entwürfe der Bewegung, ihre Chancen, aber auch ihre Grenzen konkret. Eine Reihe der Projekte arbeitet mit wenig Mitteln, viel Phantasie und kaum Verwaltung sehr wirkungsvoll. In ihnen machen junge Leute oft zum ersten Mal die Erfahrung, eigenhändig etwas aufzubauen, haben das Erleben relativ selbstbestimmter Arbeit. Im Bereich Gesundheit und psychosoziale Dienste erreichen die Ansätze, gerade weil sie engagiert und nahe an der Lebenswelt ihrer Klienten arbeiten, oft eine hohe Treffsicherheit.

Im „Stattbuch 2 Berlin 1980“ werden für die Bundesrepublik und Berlin zwischen 11 000 und 12 000 alternative Projekte mit ca. 80 000 „Aktivisten“ angegeben; dabei dürfte Alternativkultur eher weit verstanden sein.

Die nachstehende Übersicht über die inhaltliche Ausrichtung der Projekte ist der Veröffentlichung „Wer soll das alles ändern?“ von Joseph Huber, Berlin, Rotbuch 1980 entnommen. Die Einschätzung der Ökonomie der Projekte orientiert sich ebenfalls an seiner Darstellung.

In der Gesamtgesellschaft können etwa 5 bis 10 % aller Arbeitsplätze den Bereichen Bewußtsein und Willensbildung zugerechnet werden. Bei Alternativprojekten sind es nach der Schätzung Josef Hubers jedoch etwa 60 %, „denn man muß sehen, daß ja in alternativen Buchläden, Kinos, Galerien, Theaterstücken, Schulen, Kinderläden oder Therapiegruppen in erster Linie politische Inhalte, d. h. gesellschafts- und lebensverändernde Ansprüche transportiert werden“.

Weit verbreitet ist auch die Vorstellung — vor allem in der alternativen Szene selbst —, daß die Projekte, die irgendwelche Güter oder Dienstleistungen erbringen, eine „alternative Ökonomie“, einen „autonomen Wirtschaftsbe- reich“ oder gar eine „Gegenökonomie“ bilden. Damit verbunden trifft man auf die Auffassung, der Bereich der alternativen Projekte bilde schon den Einstieg in eine allgemeine ökonomische Systemveränderung.

Diese „Eigenständigkeit und Autonomie“ be- ruht jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht auf einer Fehleinschätzung. Die Einnahmen der Projekte stammen bei nur knapp 40 % der Projekte überwiegend aus eigenständig erwirtschafteten Erlösen. Davon stammt wiederum nur ein Teil aus Verkäufen auf dem offenen Markt, wie etwa bei Zeitungen, wiederaufgearbeiteten Möbeln oder Vollkornbrot. Der andere Teil der Erlöse stammt aus Dienstleistungen im sozialstaatlichen Rahmen, z. B. aus Zuschüssen nach dem Bundessozialhilfegesetz für Einrichtungen wie therapeutische Zentren oder Heime. „Die restlichen 60 % der Projekte leben von vornherein in der Hauptsache von Subventionen. Von diesen 60 % werden 30 % überwiegend durch kirchliche und staatliche Subventionen finanziert, und die weiteren 30 % überwiegend durch Eigensubvention, d. h. durch abgezweigte Privateinkommen, Solidaritätsspenden, Fördervereine, Solidaritätsfeten u. ä. Dabei sind indirekte Subventionen wie z. B. kostenlose Benutzung von Räumen und Grundstücken, Mieterlässe oder -nachlässe u. ä. noch nicht einmal berücksichtigt.“

Das Bild gewinnt noch krassere Konturen im Hinblick auf die Personaleinkommen der Leute in den Projekten. In der Hälfte der Projekte leben alle Mitglieder von Einkommen außerhalb des Projektes, von Ehepartnern, Eltern, Freunden und von Sozialleistungen wie BAföG, Wohn-, Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Weitere 30% der Projekte zahlen nur einem Teil ihrer Mitglieder Einkommen, und das heißt meistens einer Person oder zwei Personen von insgesamt fünf oder sieben Personen. Nur bei 20 % der Projekte beziehen alle Teilnehmer ein Einkommen aus ihrem Projekt. Man kann also sagen, daß gegenwärtig ungefähr nur ein Viertel der Projektaktivisten auch wirtschaftlich von ihren Projekten lebt, und dies in der Regel mehr schlecht als recht, während drei Viertel ökonomisch aus sozialstaatlichen Mitteln versorgt werden.“ (Huber, S. 44, 45)

„Produktion“ 12 %	„Handarbeit“ („Hardware“ Labour“) 29 %	Landwirtsch. Produktion 4 %	4 %	Landbau, Gartenbau, Tierhaltung
		Verarbeitendes Gewerbe 8 %	1 %	Druckereien, Setzereien
Dienstleistungen 70 %	„Kopfarbeit“ (Software“ Labour“) 71 %	Zirkulation 9 %	5 %	Prod. u. Reparaturhandwerk (z. B. Bäcker, Tischler, Bodenleger, Färber, Wollspinner)
			0,5 %	Alternativtechnologische Betriebe (Fahrräder, Altwarenverwertung, Kraftheizung)
			1,5 %	Kunsthandwerk
			1,5 %	Verkehr (Taxi-, Entrümpelungskollektive, Umzüge, Wegereinigung)
		Freizeit-Infrastruktur 9 %	4,5 %	Handel (Lebensmittelläden, Koops, Trödel, Reiseläden, Kioske)
			3 %	Buchläden (einschl. Buchauslieferungen, -versand, -vertrieb)
			4 %	Kneipen, Cafes, Restaurants
		Information, Öffentlichkeitsarbeit 17 %	4 %	Tagungs- u. Ferienhäuser, Kommunikationszentren
			1 %	Kinos, Galerien
			3 %	Medien (z. B. Film, Video)
			1 %	Graphik, Fotos (einschl. Schreifarbeiten)
		(Selbst-) Verwaltungs-dienste 5 %	9 %	Zeitschriften u. a. Publikationen (einschl. Kalender, Tagungen, Kongresse)
			4 %	Verlage
		Sozialberufliche Dienste 22 %	5 %	Koordinations- u. Organisationsprojekte (einschl. Beratung, Auskünfte, Verbände, Networking)
7 %	Kinder (Kinderläden, Eltern-Kind-Gruppen, Tagesstätten)			
3 %	Schulen (einschl. Erwachsenenbildung, freie VHS, Unis)			
1 %	Medizinische Gruppen (einschl. z. B. Physio- u. Atemtherapie)			
Kultur 8 %	11 %	Therapeutische, sozialpädagogische und Jugendsozialhilfeprojekte		
	8 %	Kunst, Sport, Wissenschaft (Theater, Zirkus, Musik, Tanz, Aikido, Karate)		
Politische Arbeit 18 %	Politische Arbeit 18 %	9 %	Bürgerinitiativen (einschl. Stadtteilprojekte, Community, Development)	
		8 %	Bürgerkomitees (z. B. Berufsverbote-, Mieter-, Ausländerkomitees, Knastgruppen)	
		1 %	Parteiartige Gruppen (Grüne, Bunte, Wählerlisten, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppen mit alternativem Selbstverständnis)	

Untersucht man das ökonomische Bezugsfeld der Projekte, so ergibt sich folgendes Bild:

„60—65 % (50—55 % professionelle und duale Projekte, 10 % Freizeitprojekte) arbeiten praktisch ausschließlich für ganz spezielle weltanschaulich geprägte Zielgruppen, für dieses

oder jenes ‚Milieu‘, werden von einer eng umrissenen ‚Szene‘ frequentiert. Die restliche 30 % sind Eigenarbeitsprojekte, die von vorn herein für sich selbst arbeiten“ (Huber, S. 46). Jedoch zeigt sich z. B. in den biologischen Ländern eine stärkere Öffnung zu einem breiteren Publikum hin.

Vergütung und soziale Absicherung der Mitglieder eines Projektes werfen Probleme auf. Vergütungen liegen, wenn es sie überhaupt gibt, zwischen 500,— und 1 000,— DM, nur selten zwischen 1 000,— und 1 500,— DM. Der Kapitalmangel wird durch Mehrarbeit und Konsumverzicht durch Steuern-, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge werden häufig nicht gezahlt.

Ambivalent ist das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Diesen steht die Alternativkultur in der allgemeinen politischen Einstellung eher nahe, jedoch mit den alle Teile des politischen Systems treffenden Vorbehalten. Die Gewerkschaften fürchten, daß von den gegenökonomischen Arbeitsplätzen aus eine Entwicklung einsetzen könnte, die die Bedeutung des Tarifrechts und des Arbeitsschutzes für die Arbeitnehmerschaft eher schwächen könnte, während eine Rezeption humanisierender Momente in die Arbeitsplätze der ersten Kultur bisher anscheinend weniger erwartet wird.

Der größere Teil der alternativen Projekte im sozialen und im Bildungsbereich erhält öffentliche Förderung bisher nur in sehr bescheidenem Umfang, vergleichsweise noch am ehesten in Berlin. Gegen die Förderung gibt es erhebliche politische und administrative Widerstände. Für diese Projekte ist in der Regel ein weitreichendes gesellschaftliches Engagement für sozial Benachteiligte prägend. Diese Projekte beschäftigen sich mit Arbeitslosen, Ausländern, sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen schlechthin, mit Behinderten, Drogenabhängigen, psychisch Kranken, alten Menschen, Trebegängern, Strafgefangenen; stark ist der Kinderladenbereich, bisher noch schwach der Bereich der alternativen Schulen. Die meisten Projekte sind stadtteil-

orientiert. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die alternative Orientierung oft individuelle Förderungsmöglichkeiten für sozial Benachteiligte erschließt, die tradierte Träger so nicht haben.

Vorbehalte und Widerstände gegenüber einer öffentlichen Förderung („Staatsknete“) gibt es aber auch bei den meisten alternativen Projekten selbst. Diese gehen von der Befürchtung aus, die Mehrheitsgesellschaft könne alternative Projekte nur vereinnahmen oder stigmatisieren, die Inanspruchnahme öffentlicher Förderung bedeute, sich auf die vorhandenen politischen Strukturen einzulassen, und diese Förderung müsse zwangsläufig auch die Qualität und das Verständnis der alternativen Arbeit verändern. Dabei gibt es eine lebhaft diskussion um die Tätigkeit hauptamtlicher Fachkräfte, die teils heftig abgelehnt und teils für nötig gehalten wird.

Ein Teil der alternativen Projekte nimmt Förderungsmittel, auch Beratung und andere Hilfe in Anspruch, teilweise allerdings nur insgeheim, d. h., dies wird gegenüber der Szene verschleiert. Einzelne Projekte akzeptieren auch Zwischenformen, z. B. ABM-Verträge für Mitarbeiter und ähnliches.

In bestimmten politischen Situationen müssen auch die Befürworter einer begrenzten Zusammenarbeit mit dem Staat aus Gründen der Solidarität die Zusammenarbeit zeitweise einstellen, selbst wenn ihnen daraus erhebliche Nachteile erwachsen. (Z. B. verweigern sie plötzlich Verhandlungen über die Verlängerung eines Mietvertrages über ein von ihnen mühsam erkämpftes Haus bis zur Freilassung eines in Strafhaft oder Untersuchungshaft einsitzenden gewalttätigen Demonstrationsteilnehmers aus der Szene.)

IV. Die alternative Presse

Die alternative Presse hat sich in ihrer heutigen Erscheinungsform in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre herausgebildet. Es dominieren Stadtzeitungen und Flugschriften von regionalen Initiativgruppen und Bewegungen. Alternative Medien erheben den Anspruch, die unterbliebenen Nachrichten zu veröffentlichen. Ihre Anfänge lassen sich bis in die APO-Szene zurückverfolgen. In den Jahren seit 1975 sind jedoch zahlreiche Zeitungsprojekte neu entstanden. Heute werden alternative Zeitungen längst nicht mehr nur von Insidern der Linken gemacht und gelesen. In ihnen kann jeder mitmachen. Die Trennung von

Machern und Konsumenten soll entfallen; das Wort sollen nicht journalistische Profis haben, sondern die Betroffenen. Die Zielgruppen der Organe sind so unterschiedlich wie die Blätter selbst. So geben Frauen-, Mieter-, Kinderladen- oder Jugendgruppen eigene Zeitungen heraus, oder es wird nach dem sogenannten „Leserzeitungskonzept“ verfahren, wobei eigenständig arbeitende Gruppen gemeinsam eine Zeitung herausgeben.

Nach diesem Konzept verfahren die meisten der derzeit erscheinenden Stadtzeitungen. Einige kommen wöchentlich heraus, andere erscheinen alle 14 Tage oder monatlich. 1976

existierten etwa 100 derartiger Publikationen in der Bundesrepublik. Vier Jahre später waren es 240 Zeitungen mit einer erheblich gesteigerten Auflage von rund 300 000 Exemplaren. Allein 1978 sind 41 neue Titel hinzugekommen; acht Blätter mußten eingestellt werden. Heute addiert sich die Gesamtauflage der regelmäßig erscheinenden alternativen Blätter monatlich auf mehr als 1,6 Millionen Exemplare.

Große alternative Zeitungen sind:

— „Zitty“, Berlin	45 000 Exemplare,
— „TAZ“, Berlin	30 000 Exemplare,
— „Stadtrevue“, Köln	22 000 Exemplare,
— „Blatt“, München	15 000 Exemplare,
— „plärrer“, Nürnberg	10 000 Exemplare,
— „Der Oxmox“, Hamburg	42 000 Exemplare.

Die beiden großen alternativen Frauenzeitschriften sind:

— „Emma“	130 000 Exemplare,
— „Courage“	70 000 Exemplare.

V. Alternative Listen

Die zu allgemeinen Wahlen auf den verschiedensten Ebenen parlamentarischer Interessenvertretung kandidierenden Alternativen Listen bzw. Parteien müssen von den alternativen Bewegungen unterschieden werden, da nur ein kleiner Teil der in den Bewegungen Engagierten in ihnen aktiv mitarbeiten. Die bisherigen Kandidaturen waren in den Alternativbewegungen, die sich überwiegend als eine außerparlamentarische Kraft verstehen, durchweg umstritten. Dies wurde noch dadurch verstärkt, daß in diesen Parteien die Positionen professioneller Parteigründer von

VI. Größenordnung, Potential und Mitgliedschaft der Alternativen Kultur

Nach all dem, was bisher zur Struktur der Alternativen Kultur gesagt wurde, ist ersichtlich, daß Zahlenangaben über Mitglieder nur sehr begrenzte Aussagekraft haben; Hinweise zu Herkunft und biographischen Merkmalen der Mitglieder finden sich vorwiegend in Einstellungsuntersuchungen, die eher den Grad alternativer Mentalität erfassen als den tatsächlichen Lebenszusammenhang.

Erste Anhaltspunkte ergeben sich aus einer neueren Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der jüngst eingestellte Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID) war für die alternative Presse eine wichtige Nachrichtenquelle. Die nach langen Diskussionsprozessen um Form und Inhalt heute bundesweit vertriebene Tageszeitung TAZ spielt für die alternativen Zeitungen die Rolle einer Presseagentur, der die überregionalen Themen entnommen werden.

Allerdings muß angemerkt werden, daß sich über den Anzeigenmarkt die Kommerzialisierung ausweitete; so haben sich 1978 die 12 größten alternativen Stadtillustrierten, die ihre Auflage mit knapp 200 000 angeben, zur „Szene-Programm-Presse“ zusammengeschlossen, um mit dieser gemeinsamen Agentur auch lukrative Werbeanzeigen aufnehmen zu können. Andererseits sind gerade die preisgünstigen Kleinanzeigen das Medium, das viele Leser anspricht und die alltägliche Kommunikation in der Szene ermöglicht.

links- und rechtsaußen einen ungleich höheren Einfluß besitzen als in der Gesamtbewegung.

Viele der Alternativen Listen haben kaum mehr Einfluß auf die alternative Szene insgesamt als die traditionellen politischen Parteien. Während in den Großstädten Berlin und Hamburg über die Alternative bzw. Bunte Liste auch K-Gruppen-Anhänger in die Bezirksparlamente einzogen, sind in den bundesweiten Parteizusammenschlüssen konservative Positionen stark repräsentiert.

(Krause, Lehner, Scherer) über das politische Verhalten der Studenten für den studentischen Bereich: Zieht man die Hauptkriterien der Alternativkultur heraus, so gehören rund 12% (in Frankfurt etwa 20%) der Studenten alternativen Kulturen an. Der Anteil derjenigen Studenten, die ihre alternative Lebensweise scharf von der von ihnen fast ausschließlich negativ bewerteten „Mehrheitskultur“ abgrenzten, betrug weniger als 5%. 80 bis 90% der Studenten tolerierten die alternative

Wertvorstellungen, wobei bei etwa der Hälfte der Studenten die soziokulturelle Integration in die „erste“ Kultur überwog, bei der anderen Hälfte waren bereits starke Affinitäten zur Alternativkultur vorhanden. Oltmanns zitiert in seinem Buch „Du hast keine Chance, aber nutze sie“ (rowohlt, 1980) eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 1978 unter 17- bis 23jährigen, die den Anteil jugendlicher Aussteiger mit 13 Prozent angibt.

Eine repräsentative Erhebung der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Jugend der Bundesrepublik insgesamt kommt zu folgendem Ergebnis: „Dennoch lassen sich auf der anderen Seite gut 15 Prozent Jugendliche ausmachen, die nicht in das Modell der obrigkeitlichen Wohlstandsdemokratie passen, die sich auch nicht eingepaßt haben. Sie sind das Protestpotential unserer Tage. Diese Jugendlichen haben zur Demokratie in der Bundesrepublik, zur industriellen Leistungsgesellschaft und zu den herkömmlichen sozialen und wirtschaftlichen Wertorientierungen eine wesentlich kritischere Einstellung und lehnen das gesamte ‚System‘ der Bundesrepublik mehr oder weniger ab. 15 Prozent, das sind immerhin 1,3 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren. Zugleich sind das allerdings jene, deren überdurchschnittliches Engagement sie in der Öffentlichkeit entsprechend deutlich in Erscheinung treten läßt. — Diese Jugendlichen geben ein Bild der bundesrepublikanischen Jugend, das weitaus kritischer, unruhiger erscheint, als die Jugendlichen in ihrer Gesamtheit tatsächlich sind. Politisch neigen sie den Grünen und anderen ‚alternativen‘ Parteigruppierungen zu. Ideologisch ordnen sie sich selbst vornehmlich extrem links bis links ein und sind überwiegend Schüler höherer Schulen oder Studenten an Hoch- und Fachhochschulen. Daß sie stark überproportional Kinder der Oberschicht und der oberen Mittelschicht sind, ist nur scheinbar ein Paradox. Ein ‚gesichertes Leben‘, eine ‚gute Ehe‘, ‚beruflicher Erfolg‘ und ‚Sicherheit im Glauben‘ sind ihnen vergleichsweise unwichtiger als den übrigen. Ihre Freizeit verbringen sie seltener als der Durchschnitt der Jugendlichen in Diskotheken und zu Hause, sehr viel häufiger dagegen in Freundeskreisen, wo auch mehr politisch diskutiert wird als anderswo.“

Die jüngste Shell-Studie kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Dort wurde die in Frage kommende Gruppe über zwei Teilgruppen erhoben, nämlich diejenigen Jugendlichen, die in Zukunft nur so viel verdienen wollen, wie sie zum Leben brauchen (7%), und diejenigen, die

es wirtschaftlich nicht so weit bringen wollen wie ihre Eltern (6%, während es 1973 nur 3% waren). Auch hier kommt man schließlich auf ein Potential der Alternativkultur, das für den repräsentativen Querschnitt bei etwa 10% liegt, bei Oberschülern und Studenten noch einige Prozentpunkte höher. Bei der Shell-Studie zeigte sich ein schwacher Trend, aber ein möglicherweise interessanter Hinweis auf Einstellungsänderungen der jüngsten in die Untersuchung einbezogenen Jahrgänge der 17- bis 19jährigen. Unter ihnen befinden sich mehr Befürworter eines gehobenen Lebensstandards (20%) und weniger Anhänger des einfachen Lebens (4%). Der Untersuchungsbericht fragt: „Kündigen die — schwachen — Abweichungen vom generellen Urteil eine neue Einstellung der heranwachsenden Generation an?“

In der Literatur erfolgen häufige Hinweise darauf, daß der „Kern“ der alternativen Kultur zwar zahlenmäßig klein ist, aber Gedankengut und Teile ihrer Lebenspraxis von einem sehr viel größeren Teil der Jugend aufgenommen wird. Dies gilt für die Studenten, wie die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, in hohem Umfange. Aber auch die Repräsentativerhebung für die gesamte Jugend der deutschen Shell zeigt, daß das Thema Umweltschutz vor der Jugendarbeitslosigkeit und dem Ausbildungsplatzmangel unangefochten vor allem bei der potentiellen Führungsschicht an der Spitze liegt. In der gleichen Studie identifizieren sich 21% mit der Aussage „der technische Fortschritt macht für mich das Leben immer lebenswerter“, während es bei der Aussage „ich fürchte, daß der technische Fortschritt unser Leben zerstört“, 35% waren.

Es mehren sich auch Vorbehalte und Kritik gegenüber der Aussagekraft und Wahrnehmungsfähigkeit konventioneller repräsentativer Erhebungen, besonders gegenüber neu aufkommenden sozialen Bewegungen und ihren Erscheinungsformen. Die Frage ist, ob die Erhebungsinstrumente nicht von vornherein durch ihre Fragestellung und das ihnen zugrunde liegende Kategoriensystem nur bestimmte, vorweg angenommene Fragen erhehlen und möglicherweise andererseits die Befragten ein erst im Entstehen befindliches Problembewußtsein und Lebensgefühl noch nicht hinreichend artikulieren können.

Elemente von Alternativmentalität finden sich im Bewußtsein breiter, vornehmlich jüngerer und besser gebildeter Bevölkerungskreise. Es gibt Hinweise auf eine Veränderung gesellschaftlicher Wertesysteme dahingehend,

daß nicht mehr materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit, sondern zunehmend der Lebensqualität („postacquisitive values“) die oberste Priorität eingeräumt wird. Die Bedeutung von Arbeit in der gesellschaftlichen Werthierarchie nimmt zugunsten des Wunsches nach Selbstverwirklichung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ab. Der Traum vom Ausstieg aus den beruflichen und familiären Zwängen des Alltags ist keineswegs auf den engeren Bereich der Alternativkultur beschränkt. Neben dem Wegtauchen in die Alternativszene gibt es eine Reihe weiterer Phänomene gesellschaftlichen Fluchtverhaltens; erinnert sei hier nur an die — nicht ohne das Einbringen eigener Sehnsüchte — geführte Diskussion um die „midlife crisis“, an z. B. die Vorliebe des Städters, Urlaub und Freizeit in möglichst unberührter Natur zu verbringen sowie an den Wandel auf dem Büchermarkt, wo die Literatur der „Neuen Innerlichkeit“ im Verhältnis zu den politisch-aufklärenden gesellschaftswissenschaftlichen Sachbüchern an Bedeutung gewonnen hat.

Die im überwiegenden Teil der „Mehrheitskultur“ anzutreffende Toleranz und Offenheit gegenüber den Realisierungsversuchen alternativer Lebensweisen dürfte wesentlich auf die Betroffenheit großer Teile der Bevölkerung von Problemen zurückzuführen sein, die von der „Bewegung“ zu zentralen Themen gemacht worden sind, so z. B. der zunehmenden Unwirtlichkeit unserer Städte, dem Zerfall des gesellschaftlichen Fortschrittsglaubens oder der geringen Möglichkeit zu persönlicher Selbstverwirklichung.

Die Frage, ob es sich bei denjenigen, die ganz in der alternativen Szene leben, vorwiegend um Studenten und Oberschüler handelt, kann nach den vorliegenden Ergebnissen nicht abschließend beantwortet werden.

Kenner der Szene weisen hin auf eine mehrheitliche Vertretung von Jugendlichen mit höherem Bildungsgrad (Oberschüler, Studenten),

Studienabbrechern, aber auch auf jugendliche Arbeitslose, Jugendliche mit Drogenerfahrung und Trebegänger, die in der Szene engagiert sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch insgesamt der Anteil der Schulabgänger mit Hoch- und Fachhochschulreife an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung sehr zugenommen hat, von 7,3% im Jahre 1960 auf etwa 25,1% heute.

Nach der oben zitierten Studie von Krause, Lehner, Scherer sind in der Alternativkultur Studenten

- aus den traditionellen Mittelschichten stark überrepräsentiert,
- aus der Arbeiterklasse und aus dem Großbürgertum deutlich unterrepräsentiert,
- aus selbständigen Akademikerfamilien so gut wie nie anzutreffen.

Die Studie deutet weiter darauf hin, daß Defizite in der Herkunftsfamilie eine Orientierung an alternativkulturellen Werten begünstigen. Ein Drittel der Angehörigen der Alternativkultur charakterisiert sein Elternhaus als äußerst konfliktträchtig und bei 45,4% (!) der Alternativen kam es zum Bruch mit dem Elternhaus. Dabei sind die Konflikte im Elternhaus nicht dadurch gekennzeichnet, daß die Eltern einen besonders autoritären Erziehungsstil pflegten. Vielmehr liegt die Konfliktursache eher darin, daß sich das Elternhaus den Kindern als Orientierungsgröße „vor allem im Sinne konfliktorischen Aufarbeitens“ entzog.

Angehörige der Alternativkultur halten auch zur Schule konfliktreichere und problematischere Beziehungen.

Die moralisch-ethische Haltung spielte neben der Vertretung politischer Meinungen eine zentrale Rolle in den Konflikten mit Elternhaus und Schule. Im gleichen Maße, wie der Einfluß des Elternhauses abnahm, wuchs der Einfluß einer jugendlichen „Gegenkultur“ in Peer-groups einschließlich der Drogenszene.

VII. Bereitschaft zur Gewaltanwendung

Das Phänomen „Gewalt“ tritt zwar auch bei gewissen Gruppen der alternativen Kultur auf, obwohl viele Tendenzen der alternativen Kultur eher gegen Gewaltanwendung gerichtet sind. Es gibt aber Gewalt unter Jugendlichen in vielfältiger Weise, die keinen Bezug zur alternativen Kultur oder kaum einen solchen Bezug hat, wie etwa bei wöchentlichen Aus-

einandersetzungen im Fußballstadion, bei Punks, rechtsradikalen Stoßtrupps, oder auch Formen der Selbstaggression, die unter „drop outs“ regelrecht kultiviert werden.

Im Unterschied zur 68er Generation, die von der Hoffnung auf umwälzende gesellschaftliche Erneuerung getragen war, steht den Ju-

gendlichen heute eher „das Wasser bis zum Hals“, sie sehen ihre Lebensgrundlagen, Umwelt, Arbeit, Wohnen, bedroht. Das Vertrauen in den Staat, er könne diese Krise bewältigen, ist gering. Der „Marsch durch die Institutionen“ — das ist denen, die das Scheitern der 68er in den Anfängen ihres Studiums miterlebt haben, noch lebendig im Bewußtsein — ist fehlgeschlagen. So setzt die alternative Bewegung ganz auf den eigenen Vollzug des neuen Lebens; wo dies angegriffen und gefährdet wird, wehrt man sich mit vereinten Kräften. Auf dem Hintergrund der subjektiv empfundenen Lebensbedrohung wird ein Teil der Heftigkeit und oft irrational scheinenden Formen der jugendlichen Auseinandersetzung verständlich.

Die Mehrzahl der „Aussteiger“ in der Alternativkultur hat zunächst versucht, sich in die Gesellschaft einzubringen. Die Abwendung von der Gesellschaft geschah auf langen Wegen, für die Ohnmachtserfahrungen hinsichtlich der Möglichkeiten politischer und gesellschaftlicher Einflußnahme prägend waren. Nach langen Mißerfolgserlebnissen (in der Jugendarbeit z. B. beim Einsatz für ein Jugendzentrum) kam es dann zu einem Punkt der Überzeugung, daß man mit dem Staat nicht reden und verhandeln könne („ich mache keine Kompromisse mehr“). Dabei wurden teils der Inhalt der großen und kommunalen Politik, teils das Verhalten der Administration oder der Politiker, teils beides als destruktiv angesehen. Diese Einschätzung dürfte weit über die alternative Szene hinaus und auch bis zu Bürgern der älteren Generation reichen.

Nach der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung wird Gewalt in der Politik von 10% der jungen Menschen bejaht. Es ist aber fraglich, ob die Bereitschaft zur Gewaltanwendung bei Anhängern der Alternativkultur überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist. In der Alternativkultur gibt es eine starke Tendenz zur Abkehr von Gewalt zugunsten einer alternativen Ghettobildung.

Wenn die Gewaltbereitschaft verstärkt im Zusammenhang mit den Hausbesetzern diskutiert wird, so ist zu unterscheiden: Nicht alle Hausbesetzer kommen aus der Alternativkultur. In Berlin werden bei den Hausbesetzern z. Zt. vier Gruppen unterschieden:

1. Die stadtpolitische Fraktion, die wesentlich aus städteplanerischen und aus sozialpädagogischen Gesichtspunkten heraus handelt und vor allem aus Anhängern von Bürgerinitiativen — mit einem starken Anteil von Architekturstudenten — besteht,

2. die Anhänger der Anarchoszene (Slogan „legal — illegal — scheißegal“),

3. die existenziellen Hausbesetzer aus dem Stamm der 1 000 bis 1 500 (mit Drogenabhängigen vielleicht auch 3 000) jungen Trebegängern und Wohnungslosen,

4. modische Hausbesetzer, größtenteils Schüler, Studenten und Angehörige der sozialpädagogischen Berufe, die am Image der Hausbesetzungen partizipieren wollen.

In der zweiten und dritten Gruppe gibt es ein erhebliches irrationales Gewaltpotential; staatliche Stellen können mit diesen Gruppen kaum ins Gespräch kommen. Zwischen den Gruppen 1 bis 3 gibt es kaum Verbindungen. Gleichwohl genießen alle Gruppen die Solidarität der Szene, die sich bei Polizeieinsätzen sofort durch eine große Zahl von mit telefonischen Kettenanrufen herbeigerufenen Helfern mobilisieren läßt. Die Abwehr „struktureller Gewalt des Staates“ eint die Szene insgesamt. Dabei muß gesehen werden, daß das „Sichdurchsetzen gegenüber dem Staat“ bzw. das „Jedenfalls-nicht-kampflos-Beigeben“ im Hinblick auf die geschilderten politisch-gesellschaftlichen Ohnmachtserfahrungen bei früheren Einflußnahmeversuchen (zuweilen wird es als Markierungspunkt in der Herausbildung einer eigenen Identität erlebt) subjektiv einen hohen Stellenwert hat. Die Szene reagiert außerordentlich sensibel (ob dies nun in der Logik ihrer eigenen Grundauffassungen liegt oder nicht) auf Reaktionen des Staates, die als übermäßig empfunden werden (z. B. Strafmaß gegenüber einem Demonstranten, der Gewalt angewendet hat, in Relation zu Wirtschaftsverbrechen, zur Gewaltanwendung sonst — z. B. Zusammenschlagen eines Jugendzentrums durch Rechtsradikale). Nach den bisherigen Erfahrungen wirkt eine härtere Haltung des Staates in der Tendenz dahin, daß die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt in der Szene steigt und daß die Gewaltschwelle sinkt (Nürnberg!).

Ausländer haben sich bisher an der Anwendung von Gewalt (einschließlich Hausbesetzungen) kaum beteiligt. Maßgebend dafür ist die Befürchtung, bei einer solchen Beteiligung nach dem geltenden Ausländerrecht abgehoben zu werden. Der Problemdruck für Ausländer ist besonders auf dem Wohnungssektor und für ausländische Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt sehr groß. Die künftige Entwicklung — vor allem das Verhalten der zweiten und dritten Ausländergeneration — ist schwer abschätzbar. Mit ausländischen Ju-

gendlichen befaßte Sozialarbeiter und Pädagogen weisen darauf hin, daß unter diesen die Aussichtslosigkeit und unterschwellige Aggressionen sehr stark und Kompensationsmöglichkeiten kaum vorhanden sind.

Subjektive Erfahrungen und Einsichten, daß die erwarteten Verhaltensformen der indu-

striellen Gesellschaft zunehmend emotional-seelische Verkrüppelung bewirkten und daß die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft zunehmend in die ökologische, soziale und ökonomische Katastrophe führten, lassen ein Anwachsen von Gewaltbereitschaft und ursprünglich anarchischem Verhalten einer Teilgruppe junger Menschen befürchten.

VIII. Mögliche Folgerungen für die Politik

Für politische Folgerungen erscheint folgendes wichtig:

1. Die Kritik der Aussteiger richtet sich nicht gegen abstrakte Grundwertvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft wie persönliche Freiheit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit. Die Aussteiger werfen der Mehrheitsgesellschaft vielmehr vor, daß sie diese Grundwerte gar nicht verwirklichen wolle und eine ihnen entgegengerichtete Politik betreibe. Auf ihre Fragen haben oft auch die Vermittler staatlicher Politik, Praktiker der Jugendbildung, Sozialarbeiter etc. keine Antwort. Grundsätzlich geht es um die Frage, ob eine klarere Orientierung der großen Politik wie der Kommunalpolitik an diesen Grundwerten möglich ist, ob diese Orientierung glaubhafter vermittelt werden kann und ob tatsächlich entgegenstehende Sachzwänge ihrerseits gläubhaft gemacht werden können. Damit ist auch die „politische Sozialisation“ junger Menschen angesprochen, die Frage, wie abstrakt, vielleicht naiv sie an manchen Stellen verläuft, ob sie genügend Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge, internationale Verflechtungen vermittelt und ob sie zu historischem Denken und Vergleichen anregt.

2. Das politische Verhalten der jungen Generation ist weithin durch Ohnmachtserfahrungen hinsichtlich der Möglichkeiten politischer Einflußnahme bestimmt. Es sollte vor allem in politischen Parteien und ihren Gliederungen und in der Kommunalpolitik dafür Sorge getragen werden, daß der Prozeß der politischen Willensbildung von unten nach oben neu belebt und transparenter gemacht wird. Politische Verantwortung darf nicht hinter tatsächlichen oder vermeintlichen Sachzwängen verborgen werden.

Der Ansatzpunkt liegt sicher darin, die Wechselbeziehungen zwischen großer und kleinerer Politik deutlicher zu machen.

3. Nicht nur der Inhalt der Politik, sondern auch die Art und Weise, wie viele Politiker und ein großer Teil der Administration mit dem Bürger umgehen, wird häufig als destruktiv empfunden. Jugendliche sehen dies so, daß Politiker und Verwaltung ihnen fertige Lösungen und vorschnelle Erklärungsmuster präsentieren, die nicht auf ihre konkreten Probleme eingehen und zum Teil Antworten auf Probleme von gestern enthalten. Um die Kluft zwischen Spitzenpolitikern und politischer Basis, zwischen Politik und gesellschaftlichem Leben zu überbrücken, sollten Gespräche geführt und Dialogformen gesucht werden, deren Ergebnisse sich in der praktischen Politik auch sichtbar niederschlagen.

4. Die Dichte staatlicher Regelungen sollte vermindert, Zwänge und Bürokratie abgebaut werden, ohne daß der soziale Schutz geringer wird. In der Verwaltung sollten Letztentscheidungen weniger unter juristischen und sicherheitspolitischen Aspekten gefällt werden, sondern mit Blick auf eine langfristig menschliche Gestaltung der Lebenswelt des Bürgers. Mehr Raum für individuelles, persönliches, freies und spontanes Handeln verlangt auf seiten der Verantwortlichen Mut zum Risiko, in der Jugendpolitik Persönlichkeiten, die auch Fehlschläge in Kauf nehmen, offensiven Modellen den Rücken stärken und sie verantworten.

5. Das Bild von der Gesellschaft der Zukunft richtet sich leicht auf eine Gesellschaft mit einheitlichen Wertmaßstäben und Verhaltensweisen, die sich vor allem im Einklang mit der technologischen Entwicklung befindet. Realistisch ist eher, daß es auch in Zukunft neben der Mehrheitskultur auch Minderheitskulturen geben wird — wie es in der Regel in der Vergangenheit war —, die zum Teil im bewußten Gegensatz zur Mehrheitskultur stehen und stehen wollen. Solche Minderheits-

kulturen werden für die Bundesrepublik außer der alternativen Kultur auch die Kulturen der ausländischen Arbeitnehmer sein. Die Fähigkeit zum Umgang mit solchen Minderheitskulturen muß entwickelt werden.

6. Wenn die alternative Kultur menschliche Bedürfnisse innerhalb eines integralen Lebenszusammenhangs möglichst umfassend und in spezifischer Ausprägung befriedigen will, knüpft sie damit an Traditionen sowohl des kirchlichen Bereiches als auch zum Beispiel der Arbeiterbewegung an (Selbsthilfeorganisationen in den Bereichen Bildung und Kultur, Sport, Nachbarschaftshilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Hilfe bei der Wohnungsver-sorgung, beim Hausbau usw.). Auch von den früheren gesellschaftlichen Organisationen hat sich ein Teil (z. B. die der Arbeiterbewegung mindestens in der Zeit vor der Weimarer Republik) in bewußtem auch politischem Gegensatz zur Mehrheitsgesellschaft entwickelt. Für religiöse und nationale Minderheiten galt ähnliches. Möglicherweise sollten sich Kirchen, politische Parteien und andere gesellschaftliche Kräfte auf unterschiedliche Lebensweisen von Teilen der Bevölkerung wiederum stärker einstellen.

7. Der Tendenz zu großräumigen Strukturen sollte entgegengewirkt werden. Politik und Verwaltung sollten sich stärker kleinräumig orientieren und Gleichförmigkeit vermeiden. Treffpunkte, die nicht nur funktional sind, sondern auch eine emotionale Ausstrahlung haben, Raum zur Selbstgestaltung lassen, sollten

geschaffen bzw. dort, wo sie entstanden sind, unterstützt werden. In diesem Sinne sollten die Kommunen kreative Ansätze der alternativen Kultur fördern, ihre Andersartigkeit tolerieren und den Jugendlichen so eine Integration in das Gemeindeleben anbieten.

8. Faktoren, die die Jugendprobleme auslösen oder verstärken, sollten kritisch beleuchtet werden. Nötig wären eine menschlichere Schule, besserer Berufsübergang, Abbau von Jugendarbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Die beiden letzteren Punkte haben in den aktuellen Unruhen eine sehr große Bedeutung; ihre Lösung sollte mit allen Kräften weiterverfolgt werden.

9. Die Hilfen für die Familie sollten verstärkt werden. Es kommt vor allem darauf an, daß Eltern bereit und fähig sind, persönlich auf die Probleme ihrer Kinder zuzugehen, sich ihnen als Partner auch in Auseinandersetzungen zu stellen und in Krisen Orientierung anzubieten.

10. Kinder und Jugendliche sollten den nötigen Freiraum erhalten, ihre emotionalen Bedürfnisse in Familie, Schule, Beruf und Freizeit auszuleben, mit anderen weiterzuentwickeln. Dort, wo sie in Eigeninitiative ihren Lebensraum zu gestalten versuchen, ihr Zentrum selbst verwalten, sollten sie Fehler machen dürfen, sollten nicht Effizienz und reibungsloser Ablauf das oberste Beurteilungskriterium sein. Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitarbeit sollten den Jugendlichen in ihrem Alltag geboten werden.

Die alternative Kultur als politische Herausforderung

Die alternative Kultur ist eine Herausforderung an die Politik. Die im Frühjahr im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ausgearbeitete Studie „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“ macht dies — wenn auch nur in Ansätzen — deutlich. Sie beschreibt zwar anschaulich die verschiedenen Erscheinungsformen und Zielsetzungen der alternativen Bewegung, gibt einen Überblick über Größenordnung, Potentiale und Zusammensetzung der alternativen Kultur, aber sie krankt daran, daß sie auf die Ursachen zu wenig eingeht. Vor allem verschweigt sie, daß es politische Fehler und Fehlentwicklungen des letzten Jahrzehnts waren, die zu ihrer Bildung maßgeblich beigetragen haben.

Es ist wichtig zu wissen, daß die alternative Kultur in unserer Gesellschaft eine — wenn auch bedeutsame — Randerscheinung ist. Die Zahl ihrer Anhänger wird auf 10 bis 15 % der jungen Menschen geschätzt. Also: die überwiegende Mehrzahl junger Menschen lebt und arbeitet in dieser Gesellschaft. Aber dies darf uns nicht darüber hinwegsehen lassen, daß wesentliche Anliegen der alternativen Kultur — Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit der Politik, Abbau der um sich greifenden Anonymität in dieser Gesellschaft, menschliche Gestaltung der Arbeitswelt, mehr Raum für individuelles, persönliches Handeln, Verminderung von Angst vor der zunehmenden Technisierung — durchaus Ziele sind, die von weit mehr Jugendlichen angestrebt werden als denen, die in der alternativen Kultur leben.

Kurz umschrieben drückt sich in der alternativen Kultur die Sehnsucht nach einer besseren, menschlicheren Welt aus, die nicht nur von Jugendlichen, sondern auch von der Mehrzahl der Erwachsenen gewünscht wird. Das Aufkommen der Alternativkultur ist somit zumindest ein Zeichen, daß es der Politik zur Zeit nur ungenügend gelingt, die politischen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Ziele zu erreichen. Die Politik sitzt auf der Anklagebank, denn — und da stimme ich der Studie ausdrücklich zu — die Kritik vieler Alternativer richtet sich nicht gegen abstrakte Grundwertvorstellungen wie persönliche Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, sondern sie richtet sich dagegen, wie diese Grundwerte in Politik umgesetzt werden. Und auch das Gefühl der Machtlosigkeit, in politischen Fragen

nicht mehr mitreden zu können, ist weit verbreitet und betrifft viele Menschen, die ihre Anliegen von der Politik nicht mehr vertreten sehen: beispielsweise auch viele Frauen, von denen laut einer Umfrage 38 % nicht glauben, daß Politik die Gleichberechtigung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft herstellen wird.

Wenn bestimmte Anliegen in der Politik nicht mehr vertreten werden, so liegt der Schritt, sich anderweitig Gehör zu verschaffen, nahe. Ein untaugliches Mittel ist die Gewalt. Obwohl die alternative Kultur in ihrer Zielsetzung nicht gewalttätig sein will, findet sich Gewalt doch in ihren Reihen. Zum einen wird Gewalt angewendet, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, zum anderen ist sie Ausdruck eines endgültigen Bruchs mit diesem Staat und dieser Gesellschaft. Es geht aber nicht an, daß mit dem Anspruch, mehr Gerechtigkeit verwirklichen zu wollen, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Land- und Hausfriedensbruch als Mittel der politischen Auseinandersetzung propagiert und praktiziert werden. Gegenüber Gewaltanwendung kann der Staat nicht zur Tagesordnung übergehen, denn gesellschaftliches Leben und auch die Verwirklichung von Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft sind auf die Achtung der Gesetze, sind auf einen funktionierenden Staat, auf eine gerechte Verwaltung angewiesen. Der Staat ist kein abstrakter Unhold, sondern er ist die äußere Organisationsform für eine Gesellschaft, die ihr Leben nicht mit den Mitteln des Faustrechts gestalten will.

Ohne Frage aber muß die Politik auf die Herausforderungen der alternativen Kultur reagieren. Hierbei muß sie eine zu früheren Jahrzehnten gewandelte Lebensauffassung berücksichtigen: Der jungen Generation der fünfziger und sechziger Jahre ging es in erster Linie darum, die Grundlagen für eine wirtschaftlich ausreichende Existenz zu schaffen. Nach eigenem Erleben der Katastrophe war sie daran gegangen, durch wirtschaftliches Wachstum, durch den Ausbau der sozialen Sicherheit, durch eine gezielte Bündnis- und Verteidigungspolitik ihr Leben zu gestalten und den Frieden in Freiheit zu sichern. Gegenüber einer Bedrohung der Freiheit war sie sensibler als die heutige Jugend. Jetzt erlebt die junge Generation die in den fünfziger und sechziger Jahren geschaffenen Sicherheiten

als Selbstverständlichkeit. Neue Themen, Interessen und Bedürfnisse werden sichtbar. Statt nach Wachstum und Wohlstand fragen viele junge Menschen heute nach dem Sinn einer auf den „homo oeconomicus“ verkürzten Anthropologie; anstatt mehr Konsum suchen sie nach Formen der Askese, nach Geborgenheit, nach überschaubaren Lebensverhältnissen.

Die mehr pragmatische Jugendgeneration ist abgelöst worden durch die mehr idealistische Generation.

Diesem Idealismus muß die Politik der achtziger Jahre in weit größerem Umfang Rechnung tragen als zuvor. Sie muß überzeugende Antworten auf eine Reihe von Fragen geben:

— Was ist zu tun, damit Politik wieder glaubwürdig ist?

— Was ist zu tun, um die Angst vieler Menschen vor technischen Einrichtungen abzubauen?

— Was ist zu tun, die Bürokratie auf ein für einen Bürger sinnvolles Maß zu reduzieren?

— Was ist zu tun, um überschaubare Lebensräume zu schaffen und zu sichern?

— Was ist zu tun, um wieder mehr Freiräume zur persönlichen Lebensgestaltung einzurichten?

Mehr Glaubwürdigkeit — weniger Aussteiger

Die Studie des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit stellt zu Recht fest, daß es grundsätzlich um die Frage geht, „ob eine klarere Orientierung der großen Politik wie der Kommunalpolitik an diesen Grundwerten (persönliche Freiheit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit) möglich ist, ob diese Orientierung glaubhaft vermittelt werden kann und ob tatsächlich entgegenstehende Sachzwänge ihrerseits glaubhaft gemacht werden können“.

Es ist nicht zu leugnen: Immer mehr junge Menschen erfahren, daß die Politik im Hinblick auf ihre ethische Begründung sprachlos geworden ist. Sie erfahren, daß politische Entscheidungen des Alltags mehr mit materiellen Sachzwängen und weniger oder gar nicht mit ethischen Wertvorstellungen begründet werden. Deshalb wirkt Politik für viele junge Menschen kurzfristig, pragmatisch und auch widersprüchlich. Wenn Wertbezogenheit und Sinnhaftigkeit des Politischen ausfallen, führt dies bei vielen jungen Menschen zu Resignation, Rückzug und Protest. Wenn von einer menschlichen Schule geredet, jedoch unüber-

schaubare Mammutschulen gebaut werden, so ist dies für junge Menschen wenig glaubwürdig. Darum ist auch eine Politik notwendig, die in den Zusammenhang geistiger Perspektiven, ethischer Ansprüche und moralischer Glaubwürdigkeit gestellt ist.

Hierzu ein Beispiel: Die Diskussion um die notwendige Sanierung des Bundeshaushaltes 1982 hat gezeigt, wie Politik Kredit bei den jungen Menschen verspielen kann. Die Bundesregierung und die SPD haben noch 1980 die Notwendigkeit massiven Sparens geleugnet. Sie schlugen Warnungen und Vorschläge der Opposition, der wirtschaftswissenschaftlichen Institute, der Deutschen Bundesbank nicht nur in den Wind, sondern bagatellisierten die Staatsverschuldung und versprachen zusätzlich und gleichzeitig, das soziale Netz zu sichern und noch dichter zu knüpfen, die Steuern nicht zu erhöhen und den kleinen Mann zu entlasten. In diesem Jahr stehen wir vor einer für die Bundesrepublik Deutschland einmaligen Finanzkrise. Die Wahrheit kommt nach und nach ans Tageslicht. Das Ergebnis: das soziale Netz ist unsicher und wird für viele weitmaschiger, die Steuern werden erhöht und der kleine Mann belastet.

Sind die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen einer solchen Finanzkrise schon schwerwiegend, so ist noch schwerwiegender der moralische Schaden, der dadurch verursacht wird. Ein Bundeshaushalt kann relativ kurzfristig saniert werden — wenn der politische Wille da ist —, die schwelende, vor allem bei jungen Menschen immer weiter um sich greifende Vertrauenskrise gegenüber dem demokratischen Staat und seinen Repräsentanten lastet als schwere Hypothek auf der Zukunft unseres Gemeinwesens. Nicht zu Unrecht fühlen sich die Bürger, fühlen sich die jungen Menschen betrogen.

Doch ist dies nur der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die seit 1969 zu einem nachhaltigen Wandel der Einstellung junger Menschen zum Staat geführt hat. Die jetzt 18- bis 20jährigen wuchsen mit dem Versprechen auf, alles sei machbar, die wirtschaftliche Entwicklung sei unbegrenzt, Demokratie fange überhaupt erst an, die Vollbeschäftigung sei gesichert, der Friede für immer und ewig garantiert. Nun erleben sie als junge Erwachsene den Zusammenbruch dieser Vorstellung. Sie erleben Arbeitslosigkeit, Einschränkung der freien Berufswahl, Angst vor der Zukunft, Angst vor der Zerstörung der Umwelt, verbunden mit einer tiefen Enttäuschung über Reformvorstellungen und Reformversprechungen.

Eine solche zweideutige Politik ertragen junge Menschen nicht auf Dauer, ohne Schaden zu

nehmen. Eine Politik, die genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie verspricht, provoziert geradezu das Aussteigen und die mitunter verzweifelten Versuche, zwischen den gesicherten Strukturen der Gesellschaft die zwar komfortlosen, aber noch nicht verplanten Alternativen zu besetzen.

Politik, die überzeugen will, muß glaubwürdig sein. Der Politiker muß das tun, was er sagt. Er darf nicht mit verschiedenen Zungen reden, sondern er muß klar und deutlich die Situation beschreiben und darf den Bürger nicht durch ein Sowohl-als-Auch in falscher Sicherheit wiegen. Obwohl dies manchem als Illusion erscheinen mag, so muß doch politische Wahrhaftigkeit in der Diskussion mit jungen Menschen mehr Gewicht haben als ein kurzfristiger politischer Vorteil. Erst wenn dies zur Maxime des politischen Handelns eines jeden Mandatsträgers wird, kann in der Diskussion mit der Alternativbewegung Politik wieder verlorengegangenen Kredit zurückgewinnen. Wichtiger aber noch ist, daß mehr Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit in der Politik viele davon abhalten wird, zu Aussteigern und zu Anhängern der alternativen Kultur zu werden.

Technik im Dienst des Menschen

Neue Technologien erzeugen beim Menschen oft Angst, sie treffen auf Mißtrauen. Viele Menschen sehen beispielsweise durch die Entwicklung der Mikroelektronik ihren Arbeitsplatz gefährdet. Kernenergie und Chemie treffen auf eine Abwehr, die nur auf ein irrationales Verhältnis dieser Menschen zur Technik schließen läßt. Die Politik hat sicherlich die Aufgabe, im Dialog mit den Menschen ihnen diese Angst zu nehmen und ihnen die Chancen neuer Technologien zu zeigen. Die Politik darf solche Angst nicht verstärken, sie darf nicht zulassen, daß der technische Fortschritt durch eine suggestive Propaganda für viele ein Alptraum und ein Schreckgespenst der Zukunft wird.

Eine wahrhaftige Politik muß auch sagen: Die Erfindung des Motors, des Flugzeuges, der Rakete und der Elektronik belastet die Menschen nicht nur, sondern hat sie auch freier gemacht, ihnen mehr Unabhängigkeit gegeben, den Arbeitern mehr Gerechtigkeit und Würde. Technik schafft auch sozialen Fortschritt, denn es ist ein sozialer Fortschritt, wenn durch die Mikroelektronik ermöglicht wird, die Wirtschaft wieder stärker zu dezentralisieren, die Konzentration von großen Produktionseinheiten umzukehren und z. B. prozeßgesteuerte Drehbänke und andere Werkzeugmaschinen auch für kleinere Unternehmen finanzier-

bar und rentabel zu machen. Und es ist auch der technische Fortschritt, der Millionen Menschen in der Dritten Welt ein Überleben garantiert. Wir haben nicht nur die Wahl zwischen einer Robotergesellschaft und der Rückkehr zur Natur. Die Aufgabe, den technologischen Fortschritt in den Dienst aller Menschen zu stellen, steht uns noch bevor. Hierbei muß die Politik helfen, die „menschliche Lücke“ zu schließen, die Fähigkeiten zu entwickeln, mit dieser Technik menschlich und sinnvoll umzugehen. Dabei sollten die Probleme des technischen Fortschritts nicht verschwiegen werden. „In sich selbst kreisender Fortschritt macht die Menschen permanent unzufrieden, ohne daß ihnen ein Ziel gezeigt wird, von dem her sich die Hetze dauernder Veränderung lohnt,“ so sagt es der Club of Rome. Das Problem liegt also nicht im Fortschritt an sich, sondern an dem fehlenden Ziel für den Menschen. Es ist auch Aufgabe der Politik, dieses Ziel mit zu formulieren. Sie muß die Rahmenbedingungen setzen, damit dieser Fortschritt zielbewußt und menschengerecht eingesetzt wird.

Weniger Bürokratie — mehr persönliche Freiheit

Die Entfremdung vieler junger Menschen vom Staat, der Eintritt in die alternative Szene wird nicht zuletzt durch die staatlichen Bürokratien beschleunigt, die junge Menschen Ohnmacht erfahren läßt. Auch die Studie des Bundesfamilienministeriums sieht hier eine der Ursachen für die zunehmende Entfremdung. Immer weniger Menschen sind in der Lage, ihre eigene Steuererklärung zu machen. Es entwickeln sich Berufe, die einzig und allein dazu da sind, den Bürgern zu helfen, sich in den Gesetzen und Verordnungen zurecht zu finden. Mit Ausnahme der Spezialisten sind nur noch wenige in der Lage, Gesetzestexte zu lesen und zu verstehen. Für einen einzigen Bauantrag sind beispielsweise 234 Prüfungsvorgänge nötig. Um einen Lebensmittelladen — und sei er auch noch so klein — zu betreiben, muß der Inhaber etwa 220 Gesetze im Kopf haben. Während sich größere Unternehmen Experten leisten können, um sich in dem Dschungel der Gesetze und Verordnungen zurecht zu finden, steht der Bürger diesen Dingen oftmals sprachlos gegenüber. In dem Bestreben, alles gesetzlich regeln zu wollen und zu müssen, um mehr Gerechtigkeit zu schaffen, hat die SPD-FDP-Koalition die Gesetzesflut in den letzten Jahren erheblich anschwellen lassen. Die Folge: Immer mehr Menschen ergreift das Unbehagen, daß durch staatliche Maßnahmen oder Gesetze die persönliche oder berufliche Freiheit eingeschränkt wird. Immer neue Gesetze

Erlasse, Verfügungen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen hindern den Bürger, sich frei zu entfalten und engen seinen Entscheidungsspielraum immer mehr ein. In Schule und Betrieb, in Verbänden und im sozialen Bereich: die Bürokratisierung bedroht die Freiheit der Menschen und lähmt Initiative und Dynamik der Gesellschaft.

Nicht nur, daß es immer schwieriger wird, eine Steuererklärung abzufassen, Formulare für Wohngeld und andere Sozialleistungen auszufüllen, den Stand der Alterssicherung zu erfahren oder einen Platz im Altenheim zu beantragen — die Formulierungen der Gesetze, Verordnungen, Anleitungen und Abrechnungen werden auch noch immer bürgerfeindlicher. Es wird immer schwieriger, sie zu entschlüsseln. Da ist es kein Wunder, daß ein bürokratisches Labyrinth zunehmend Unsicherheit, Unzufriedenheit und Angst erzeugt.

So wie die Bürokratisierung politische Ursachen hat, so kann auch eine stärkere Entbürokratisierung nur politisch eingeleitet werden. Der Glaube, daß Mängel der Gesellschaft allein durch Maßnahmen des Staates behebbar seien, ist der Vater vieler überflüssiger Regelungen und Bürokratie. Hierin drückt sich zugleich ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Privatinitiativen aus. Und die ausufernde Bürokratie ist durchaus auch ein Kennzeichen sozialistischer Politik, die alle gesellschaftlichen Vorgänge regeln will. Der Sozialismus versteht die Gesellschaft als eine große Maschine, die in den Dienst politischer Zielsetzung gestellt werden soll. Die zunehmende Kompliziertheit der Gesellschaft führt denjenigen, der sie kontrollieren will, zu Regelungen, die selbst immer komplizierter werden müssen, ohne daß sie ihr Ziel deswegen auch erreichen.

Notwendig ist eine ernsthafte Strategie der Entbürokratisierung. Sie muß den Freiheitspielraum der Bürger erweitern und so ihrer Initiative, Leistungs- und Hilfsbereitschaft durch eine klare Abgrenzung staatlicher und privater Verantwortung eine Chance geben. Sie muß der Tendenz einer totalen Verplanung aller Lebensbereiche durch den Staat entgegenwirken und die Gesetzes-, Verordnungs- und Erlaßflut eindämmen. Sie muß dazu führen, daß öffentliche Aufgaben bürgerfreundlicher und bürgernah ausgeführt werden.

Eine Strategie der Entbürokratisierung ist zugleich auch eine Strategie, um diejenigen, die sich von diesem Staat entfernt haben, wieder näher an ihn heranzubringen. Die Politik darf nicht ihren Ehrgeiz darin sehen, den Bürger mehr zu kontrollieren, sondern sie muß ihm

mehr vertrauen. Denn Vertrauen in den Bürger ist eine wichtige Grundlage zum Abbau der Bürokratie. Vertrauen bedeutet: Nur soviel Kontrolle wie unerlässlich, denn Vertrauen ist Voraussetzung und Ausdruck der Eigenverantwortung; Mißtrauen dagegen erzeugt Bürokratie. Nur eine Politik, die Vertrauen in den Bürger setzt, kann selbst auf Vertrauen durch den Bürger hoffen.

Mehr überschaubare Lebensräume — weniger Großorganisationen

Ohne Frage werden in verschiedenen Versuchen alternativer Lebensweisen Bedürfnisse sichtbar, die sehr ernst genommen werden müssen. Es werden ja nicht nur ideologische, theoretische Ziele verfolgt, sondern auch ganz pragmatische Projekte und Wünsche: menschliche Wohnformen, kinderfreundliche Schulen, eine menschlichere Arbeitswelt, durchschaubare Prozesse in Politik und Verwaltung.

Dies sind beileibe keine Forderungen für eine Umwälzung unserer Gesellschaft, sondern Forderungen, die den unmittelbaren Lebenskreis betreffen. Sie erwachsen aus tagtäglich erlebten Mißständen und spiegeln eine veränderte Lebenseinstellung wider. Der Glaube an die Leistungsüberlegenheit größerer Einheiten ist ein Irrglaube: Mammutkrankenhäuser, gigantische Gesamtschulen und eine fehlgeleitete Gebietsreform haben nicht die Chancengerechtigkeit für die Bürger erhöht, sondern sie vermindert.

Ein Beispiel: Bei der Diskussion um Gesamtschulen, Gesamthochschulen, Gruppenuniversität, Oberstufenreform, Abbau des dualen Systems der beruflichen Bildung ging es in den letzten Jahren zu viel um Organisations- und Strukturfragen und damit zu wenig um Inhalte und Erziehungsziele. Die Folgen dieser Entwicklung: Es entstanden oft anonyme Großsysteme, Klassengemeinschaften wurden aufgelöst, zwischen Schule und Elternschaft und zwischen Lehrern und Schülern wuchs die Distanz. Die Schule verlor nicht nur an Leistungsfähigkeit bei der Wissensvermittlung, sie verlor vor allem auch an Wert als Ort menschlicher Begegnung und Geborgenheit.

So brauchen wir wieder eine Bildungspolitik, die sich an den konkreten Sorgen und Erwartungen der Betroffenen orientiert. Eine Schule, die für jeden erreichbar ist, trägt oft mehr zur Chancengerechtigkeit bei als eine riesige Gesamtschule, in der Schüler vereinsamen und unter Beziehungslosigkeit leiden.

Mehr Freiräume für den Bürger — weniger Einflußmöglichkeiten für den Staat

Der Bürger, vor allem der junge Bürger, muß wieder verstärkt in die Lage versetzt werden, sein Leben eigenverantwortlich und mitverantwortlich zu gestalten. Die Politik muß sich wieder stärker an der Subsidiarität ausrichten. Das bedeutet, daß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichtet, die der einzelne ebenso gut selbst erfüllen kann.

Beim einzelnen Bürger setzt dies die Bereitschaft voraus, eigene Verantwortung zu tragen. Der Staat soll Hilfe zur Selbsthilfe gewähren, nicht jedoch den Menschen verwalten und versorgen wollen. Daher ist nicht alles, was einmal mit guten Gründen geregelt worden ist, auch noch heute regelungsbedürftig. Alle staatlichen Aufgaben, Ausgaben, Maßnahmen und Gesetze müssen ständig auf ihre Notwendigkeit, Vertretbarkeit und rationelle Durchführung überprüft werden.

Daneben brauchen wir vor allem eine Renaissance der Kommunalpolitik. Dies ist der Bereich, wo politische Entscheidungen im engsten Kontakt mit den Bürgern getroffen werden können und wo Politik für den einzelnen am ehesten erfahrbar wird. Betroffenheit entsteht nicht nur durch das, was an den grünen Tischen in Bonn ausgedacht wird, entscheidend ist darüber hinaus, wie in der Stadt oder dem Dorf hautnah erfahrene Politik gestaltet wird. Die Frage ist, ob es dort gelingt, mit dem Bürger die Prioritäten des politischen Handelns zu formulieren, die dem einzelnen das Bewußtsein wiedergeben, daß Politik die Verwirklichung auch seiner Interessen ist. Die Kommunalpolitik wird dabei wesentlich intensiver nach der Qualität ihrer Maßnahmen fragen müssen und weniger den beeindruckenden Quantitäten hinterherjagen dürfen.

Bereitschaft zum Dialog

Die alternative Kultur in der Bundesrepublik Deutschland kann der Politik wichtige Impulse vermitteln. Die Kluft zu jungen Men-

schen verkleinert man aber nicht, in dem sich Politik eine Haltung des totalen Gewährenlassens, des ständigen Nachgebens, des unbesehnen Eingehens auf jugendliche Forderungen aneignet. Politik muß bereit sein, die hier zugrunde liegenden Werte auch zu verteidigen. Junge Menschen haben auch einen Anspruch auf die Weitergabe geschichtlich gewachsener Leistungen, Errungenschaften und Einsichten. So muß Politik jungen Menschen auch deutlich machen, daß es ohne die innere Bereitschaft, das freiheitliche Gemeinwesen nach innen und nach außen zu schützen, ohne das solidarische Mithelfen, nicht geht. Sie haben geradezu ein Anrecht darauf, die gewachsene Tradition und die daraus zu folgernden Einsichten für die heutige Politik kennenzulernen.

Die entstandene Kluft zwischen jungen Menschen, die sich in der alternativen Szene bewegen, und der Politik muß wieder geschlossen werden. Eine Voraussetzung ist: Junge Menschen müssen die Bereitschaft zum Dialog haben. Die Politik muß also auch jenen zuhören, die selbst noch nicht bereit sind, zuzuhören. Wer allerdings nicht zuhören kann oder will, der macht sich selbst unfähig zum Dialog. Dialog erfordert Zuhören und Gesprächsbereitschaft auf beiden Seiten. Dialogfähig ist nur, wer einen eigenen Standpunkt, aber auch Verständnis für die Meinung des anderen hat. Autoritäres Verhalten hilft auf beiden Seiten nicht weiter. Die Jugend hat aber auch einen Anspruch auf Widerspruch und auf eine durch Erfahrung begründete Autorität der Erwachsenen. Nur wenn ein Dialog offen und ehrlich geführt wird, kann das Ergebnis zum Nutzen der gesellschaftlichen Weiterentwicklung sein.

Politik darf nicht ins Abseits geraten, sie darf nicht am Bürger vorbei formuliert werden. Dies ist die wichtigste Botschaft, die uns die alternative Kultur geben kann. Sie ist für die Politik insgesamt eine Aufforderung, verstärkt eine Politik des menschlichen Maßes zu entwickeln.

Sozialdemokraten und Jugendprotest

Alternativszene, Jugendprotest — all' dies ist für Presse, Rundfunk, Fernsehen, für die politischen Institutionen erst zu einem Thema geworden, nachdem viele junge Menschen nicht die „etablierten“ Parteien, sondern alternative Gruppierungen gewählt und nachdem viele nicht mehr nur Protestresolutionen verfaßt, sondern auf Demonstrationen auch Rabatz gemacht haben.

Es sagt etwas über die (fehlende) Sensibilität der etablierten politischen Szene in der Bundesrepublik aus, daß sie erst dann die von vielen Jungen empfundenen Probleme wahrzunehmen bereit ist, wenn Jugendliche in solchen Massen zu neuen Parteien abwandern, daß diese in die Nähe der magischen Fünfprozentgrenze zu gelangen drohen, oder wenn Schaufensterscheiben in die Brüche gehen und Straßenschlachten stattfinden. Nicht der Skandal, daß Tausende von Wohnungen leerstehen bzw. verrotten und gleichzeitig zigtausend Menschen vergeblich eine Wohnung suchen — nicht dieser Skandal hat Politiker zum Handeln getrieben, sondern die Perspektive, daß ihnen bei der nächsten Wahl einige Prozent an Wählern weglaufen könnten. Die politische Öffentlichkeit und die politischen Parteien insbesondere nehmen Jugendliche erst dann zur Kenntnis, wenn diese sich in ihrer Rolle als „Jungwähler“ oder als „friedliche Demonstranten“ nicht mehr an die Spielregeln halten. Diese Bemerkungen gelten für alle großen Parteien — auch für die meinige.

Wenn also schon nicht rechtzeitig auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen reagiert wird, dann ist es um so wichtiger, daß man richtig darauf reagiert. Dann ist es auch aufschlußreich, ob die politischen Institutionen aus dieser Entwicklung gelernt haben im Sinne einer Veränderung ihrer praktischen Politik, oder ob sie auch bei ihren Antworten nicht so sehr die Probleme der Jungen, sondern nur ihre Probleme mit den Jungwählern im Auge haben.

Die von den Unionsparteien angebotenen „Rezepte“ machen deutlich, daß dort kein substantieller Lernprozeß stattgefunden hat. Schon der Jargon ist verräterisch: Wer in der Werbesprache eine emotionale Ansprache als „Emo-Schiene“ bezeichnet oder von „weichen Themen“ spricht, der hat immer noch nicht begriffen, daß es zum Beispiel diese sprachlichen Blubberblasen sind, die Jugendliche an der Politik der Parteien abstoßen. Wer zum Beispiel

Bedürfnisse wie Geborgenheit oder Partizipation anspricht und darauf die alten institutionellen Antworten gibt, der hat immer noch nicht verstanden, daß es gerade diese Institutionen sind, die in den Augen vieler Jugendlicher die Realisierung dieser Bedürfnisse verhindern. Offensichtlich geht es nicht um das Überdenken mancher inhaltlicher Positionen, sondern um eine effektivere Methode des Einfangens junger Leute: Alte Positionen sollen besser, d. h. „marktgerechter“ verkauft werden. Mit solchen Konzeptionen ist jedoch Glaubwürdigkeit bei der jungen Generation nicht zu gewinnen.

Von solchen Spekulationen hebt sich die vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit veröffentlichte Studie „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“ vorteilhaft ab. Es ist der nüchterne Versuch einer Bestandsaufnahme dessen, was in einem Teil der jungen Generation abläuft, was an Verbitterung, an Wut, an Wünschen und Bedürfnissen bei einem Teil der Jungen vorherrscht. Gewiß: die „Alternativszene“ ist nicht „die Jugend“, sie deckt noch nicht einmal das gesamte Spektrum der protestierenden Jugend ab; aber es spricht viel für die Vermutung, daß sie mit ihren Aktivitäten auch Ängste, Empörung und Wünsche eines Großteils der übrigen Jugend ausdrückt. Die Tatsache, daß „die schweigende Mehrheit“ solche Ängste und Wünsche nicht auslebt, ist vielleicht ein Indiz für die Schwierigkeit vieler Junger, ihre Ängste zu artikulieren und ihre Wünsche zu verwirklichen — sie ist aber kein Beleg für die Nichtexistenz solcher Ängste und Wünsche.

Zum Anspruch der Studie, einen Überblick über die Alternativszene in der Bundesrepublik zu verschaffen, einige kritische bzw. ergänzende Anmerkungen.

Erste Anmerkung:

In der Studie wird der Begriff „alternativ“ meiner Meinung nach zu umfassend bzw. zu unscharf verwendet, so daß er an Aussagekraft verliert.

Die Studie legt den Schluß nahe, daß Jugendprotest und alternative Bewegung identisch sind. Dem ist nicht so. Wenn man ihn auf all' die Bewegungen ausdehnt, die zu bestimmten Politikfeldern eine grundsätzlich andere Position als die etablierten Parteien einnehmen und durch Demonstrationen Druck auf diese

auszuüben versuchen, wenn man Bürgerrechts-, Friedensbewegungen und Dritte Welt-Initiativen zur Alternativszene zählt, dann gerät ein wesentlicher Punkt aus dem Blickwinkel: Bei allen Unterschieden zu einzelnen Politikthemen und in bezug auf Organisationsformen haben diese Gruppen kein alternatives, sondern eher ein traditionelles Verständnis von Politik; sie engagieren sich für Themen der „großen Politik“ und glauben, durch Druck von außen die politischen Institutionen zu einer Änderung ihrer Politik bewegen zu können. Diese Gruppen stehen eher in der Tradition der außerparlamentarischen Opposition der 60er Jahre, da sie bei aller Kritik an den Parteien sich dennoch auf diese beziehen — wenngleich sie ihre Aktivitäten im Unterschied zur APO nicht in erster Linie ideologisch ableiten, sondern vor allem aufgrund von moralischer Betroffenheit.

Sinnvoller ist es, den Begriff „alternativ“ auf jene Gruppen zu beschränken, die sich in ihrer Lebensweise von der „Mehrheitskultur“ distanzieren und deren persönliches Engagement sich auf ganz andere Felder richtet, als wir es gewohnt sind. Diese Gruppen können mit dem althergebrachten Verständnis von Politik nicht mehr viel anfangen. Die Parteien sind ihnen weitgehend gleichgültig, die „große Politik“ ist ihnen zu weit weg von ihrem unmittelbaren überschaubaren Lebensbereich und daher in ihren Augen auch nicht unmittelbar beeinflussbar. Im wesentlichen konzentrieren diese Jungen ihr Interesse und ihre Aktivitäten auf ihren unmittelbaren Erlebnisbereich, von dem sie glauben, daß sie ihn eher beeinflussen und gestalten können: z. B. den Wohnbereich und den Arbeits- und Freizeitbereich, deren herkömmliche Trennung man aufzuheben versucht. Dazu gehören sowohl die jugendlichen Landkommunen wie auch die zumeist großstädtischen Versuche des Aufbaus einer alternativen Gegenkultur und Gegenökonomie, wie sie in der Studie auch beschrieben werden. Hier sind die Jungen auch bereit, sich zu engagieren und eine Menge Mühen auf sich zu nehmen. Findet man Gleichgesinnte, tut man sich mit ihnen zusammen. Und will die Gesellschaft nicht mitziehen, dann macht man es nicht gegen sie (wie das früher noch der Fall war), sondern ohne sie — man glaubt es zumindest. Hauptsache, die Gesellschaft behindert einen nicht.

Dies hat in den meisten Fällen nichts mit einem „Rückzug ins Private“ oder mit „politischem Aussteigertum“ zu tun. Solche vorschleunigen Etikettierungen sind nur ein Beleg für die Neigung vieler Politiker, all das als unpolitisch abzuqualifizieren, was in Wirklichkeit nur anders ist als sie. Diese Gruppe von

Jungen ist nicht unpolitisch, sondern sie hat lediglich ein anderes Verständnis von Politik: weg von der Delegation gesellschaftlicher und auch persönlicher Problemlösungen auf große Organisationen, deren Strukturen in ihren Augen zu erstarrt sind und eine Beteiligung eher verhindern — hin zur Selbstverantwortung und Eigeninitiative.

Eine solch schärfere Fassung des Begriffes „alternativ“ ist schon deshalb sinnvoll, weil ansonsten die Unterschiede dieser Alternativbewegung zu der Protestbewegung der 60er Jahre nicht deutlich werden und die Politiker nur allzu leicht der Illusion erliegen könnten, sie bräuchten nur die Integrationsrezepte jener Zeit aus der Schublade zu kramen und dann würde sich das Problem erledigen. Auch mancher APO-Veteran hat in Verkenkung dieser Unterschiede den Versuch unternommen, sich an die Spitze des Zuges zu setzen und dabei die Erfahrung machen müssen, daß man ihn noch nicht einmal hat aufspringen lassen.

Standen damals ideologisch abgeleitete Ziele im Vordergrund, so ist heute eher moralische Betroffenheit die Antriebsfeder. Spielten damals politische Kategorien wie „links“ oder „rechts“ eine große Rolle, so sind heute „Glaubwürdigkeit“ und „Moral“ von Bedeutung. Erklärte man damals alles Mögliche und Unmögliche zur „Systemfrage“ und redete sich die Köpfe über gesellschaftliche Strukturen heiß, so konzentriert man sich heute auf die Gestaltung der eigenen konkreten Lebensumstände. Dazu gehört der Versuch, neue Inhalte und Formen von Arbeit zu finden, die mehr Möglichkeiten zur Kreativität und Selbstverantwortung bieten. Dazu gehört der Versuch, die bisherige räumliche, zeitliche und personelle Trennung von Arbeit und Freizeit aufzuheben und diese Bereiche zu integrieren. Dazu gehört der Wunsch nach mehr persönlicher Autonomie, nach mehr Freiräumen für Eigeninitiativen und nach mehr Möglichkeiten zum Selbermachen. Dazu gehört der Versuch, neue Lebensformen zu praktizieren, Vermenschlichung und Wärme in sozialen Beziehungen herzustellen. Und schließlich gehört dazu der Versuch, für die Verwirklichung solcher Lebensformen entsprechende Umweltbedingungen zu schaffen.

Zweite Anmerkung:

Wenn man über alternative Lebensformen und -einstellungen etwas sagt, dann sagt man zugleich immer auch etwas über die Gesellschaft aus, die bestimmte Verhaltensweisen und -einstellungen zu Alternativen macht. Die Jungen stoßen mit ihren Wünschen und Be-

dürfnissen auf eine gesellschaftliche Wirklichkeit, die mit ihren durchorganisierten Strukturen wenig Möglichkeiten des Neugestaltens und der Eigeninitiative bietet. Zu Recht weist die Studie darauf hin, daß diese Jungen sich nicht gegen die Grundwertvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft — persönliche Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit — wenden. Aber ist es nicht häufig so, daß derjenige, der an der Gestaltung seines eigenen Lebensbereiches mitwirken will, fast überall aneckt in dieser Gesellschaft und die politischen Institutionen vor allem als Verhinderer seiner Aktivitäten erfährt? Daß er, wenn er sich dagegen zur Wehr setzt, schon zu den Protestlern gehört und daß er, wenn er an der Verwirklichung solcher Vorstellungen festhält, dies oft nur „alternativ“ kann? Die Tatsache, daß junge Menschen mit ihrem Wunsch nach mehr Selbstgestaltung in dieser Gesellschaft fast automatisch in die alternative Ecke abgedrängt werden, sagt weniger über diese Jugendlichen, dafür aber um so mehr über die Entwicklungsrichtung dieser Gesellschaft aus.

Dritte Anmerkung:

Wie so oft, wenn man sich inhaltlichen Auseinandersetzungen entziehen will, konzentrieren sich viele Ältere auf die Formen des Protestes und empören sich über gewaltsame Aktionen der Alternativszene. Die Studie hat schon deutlich gemacht, daß die Bereitschaft zur Gewaltanwendung bei Anhängern der Alternativkultur sich nicht signifikant unterscheidet von dem Durchschnitt der jungen Menschen. Und in bezug auf die in diesem Zusammenhang immer wieder angeführten Hausbesetzungen hat eine Repräsentativumfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen vom Februar 1981 ergeben, daß die Mehrheit der Jungen bis 29 Jahre die Besetzung leerstehender Häuser billigt und daß Instanzenbesetzungen sogar von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werden.

Was ich mit diesem Hinweis deutlich machen will, ist dies: Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Unsensibilität, der Unbeweglichkeit politischer Institutionen und der Verzweiflung und der Wut vieler Junger darüber, nichts bewegen zu können — einer Wut, die sich dann zuweilen in Gewaltaktionen entlädt. Die Tendenz zu gewaltsamen Aktionen steigt in dem Maße, in dem die Politik auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen nicht oder zu spät reagiert.

Dementsprechend wird man der Tendenz zur Gewalt am besten durch die Fähigkeit und Bereitschaft der politischen Institutionen begeg-

nen können, Probleme rechtzeitig zu erkennen und auf dem Wege der Reform zu lösen. Dies wird auch den Klärungsprozeß innerhalb der Alternativszene über die Gewaltfrage beschleunigen. Verhindert wird er dagegen durch die Abstempelung der Hausbesetzer zum „Keim einer neuen Generation von Terroristen“ (F. J. Strauß) oder durch Massenverhaftungen von Demonstranten à la Nürnberg.

Was ist zu tun? Die Studie gibt einige allgemeine Anregungen dafür, welche politischen Konsequenzen zu ziehen sind. Sie bedürfen sicherlich noch der Konkretisierung. Aber wichtig ist schon, daß die Parteien von einigen Illusionen Abschied nehmen. Auf der Tagesordnung steht nicht die Überzeugung junger Leute von der Richtigkeit der jeweiligen Parteiposition — dieser Zug ist längst abgefahren. Auf der Tagesordnung steht vielmehr der bescheidenere Versuch, überhaupt erst einmal wieder eine Kommunikationsebene mit diesen Jungen zu finden. Dies ist schon schwer genug. Und dabei ist uns Sozialdemokraten bewußt: Auf eine verbal verkündete Dialogbereitschaft ohne Veränderungen der praktischen Politik werden sich diese Jungen nicht einlassen. Für viele von ihnen ist das Wort „Dialog“ schon ein Reizwort, weil sie dahinter lediglich Einfangtaktik vermuten.

Die Studie weist zu Recht darauf hin, daß der Ansatzpunkt für Kommunikationsmöglichkeiten vor allem der kommunale Bereich ist, weil dort am ehesten auf den konkreten Erlebnisbereich von Jungen eingegangen werden kann. Dieses Eingehen bedingt nicht in erster Linie staatliche Gesetzesmaßnahmen, sondern Veränderungen in der Verwaltungspraxis. Für Sozialdemokraten sollte dies heißen, den Jugendlichen mehr Partizipationsmöglichkeiten und Hilfestellungen bei Eigeninitiativen anzubieten. Wir müssen dafür sorgen, daß die Jungen bei ihren Wünschen nach mehr Autonomie und Selbstverwaltung die politischen Institutionen nicht nur als Verhinderer, sondern auch als Förderer erfahren. Man kann nicht nur ständig Mündigkeit und Eigeninitiative junger Menschen beschwören, sondern man muß Ernst machen damit — vor allem dort, wo Sozialdemokraten selbst kommunale Verantwortung tragen. Dies heißt z. B., daß Sozialdemokraten mehr selbstverwaltete Jugendzentren unterstützen und ermöglichen sollten. Wenn man weiß, welche Beklemmungen sich bei diesem Stichwort auch bei vielen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern breitmachen, wie wenig auch bei ihnen die Bereitschaft besteht, Jugendlichen Experimente auch bei Gefahr möglicher Fehlschläge zuzugestehen — dann wird deutlich, welche Überzeugungsarbeit auch noch in den eigenen Rei-

hen zu leisten ist. Sozialdemokraten sollten der Kreativität und dem sozialen Engagement vieler Junger mehr Raum geben durch eine vielfältige Förderung sozialer Experimente selbstverwalteter Gruppen. Als Beispiele seien genannt soziale Projekte (Hilfe für andere), Selbsthilfegruppen z. B. für Drogen und Alkohol, Handwerker-, Produktions- und Dienstleistungs-Genossenschaften, kulturelle Projekte.

Auch Sozialdemokraten muß nachdenklich machen, daß viele der Wünsche und Ziele von Jungen in der Alternativszene — aber nicht nur dort — eines gemeinsam haben: Es werden „Sinnfragen“ von Strukturen angesprochen, sei es der Arbeit, des Wohnens, der Freizeit. Diese verstärkte Thematisierung von Sinnfragen ist ein Reflex auf die Tatsache, daß den Jungen von der Gesellschaft kaum überzeugende Sinnorientierungen angeboten werden. Auch Sozialdemokraten werden sich selbstkritisch prüfen müssen, ob sich ihre Politik nicht zu sehr darauf reduziert hat, immer neue Strukturen zu schaffen und die Frage nach den wertmäßigen Orientierungen zu vernachlässigen.

Wir haben mit dafür gesorgt, daß der Sozialstaat ausgebaut wurde und die materielle Existenz der meisten Bürger gesichert wurde — aber haben wir auch dafür gesorgt, daß sich für die Menschen in diesem Sozialstaat und seinen Institutionen noch ein anderer Sinn erschließen kann als derjenige der materiellen Absicherung? Viele Politiker beklagen den Mißbrauch des sozialen Netzes durch manche Gruppen — aber ist dies ein Wunder, wenn das Netz sozialer Dienstleistungen außer der Perspektive materieller Absicherung keine andere Sinnorientierung anbietet? Wer die Sinnfrage, die Frage nach der inhaltlichen Ausgestaltung von Strukturen aus der Politik ausklammert, der darf sich nicht wundern, wenn vor allem Junge diese Strukturen als kalt empfinden und sich davon abwenden. Das Unbehagen vieler junger Menschen am Sozialstaat, der immer mehr als kontrollierender Staat empfunden wird, hat zum Teil hier seine Ursachen.

Diesem Unbehagen, dieser Angst, daß mehr soziale Sicherheit identisch sei mit einem immer dichter werdenden Netz staatlicher Kontrollen, muß dadurch entgegengewirkt werden, daß man sich verstärkt Gedanken macht über die Art und Weise, wie soziale Dienstleistungen organisiert und gestaltet werden sollen. Das Unbehagen vieler an den Strukturen des Sozialstaates rührt ja nicht daher, daß der Staat zu viele soziale Dienstleistungen anbie-

tet — dagegen richtet sich eher die konservative Kritik —, sondern, wie er sie anbietet.

Die Konservativen versuchen, mit dem Stichwort „Subsidiarität“ das Unbehagen vieler Jungen an manchen Strukturen des Sozialstaates und den Wunsch nach mehr Möglichkeiten zur Eigeninitiative für ihre politischen Zwecke zu vereinnahmen. Die Reprivatisierung — und dies ist die zutreffende Bezeichnung jedenfalls für die Ziele der Konservativen — staatlicher Leistungen ist keine Antwort auf das Bedürfnis nach mehr Sinnorientierungen und nach mehr Freiräumen: Der einzige Sinngehalt solcher Reprivatisierungstendenzen ist die Optimierung privater Gewinnmöglichkeiten; der Freiraum bezieht sich auf die Freiheit, dieses Prinzip ohne Behinderungen durch Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit durchsetzen zu können.

Dies kann nicht die Antwort von Sozialdemokraten sein. Wir wollen den Sozialstaat nicht aus der Verantwortung entlassen, die Sicherung der materiellen Grundlagen zu gewährleisten. Aber, wir dürfen nicht nur Strukturen schaffen und sie den Betroffenen aufpropfen, sondern wir müssen diese bei der Gestaltung solcher Strukturen beteiligen. Dazu gehört, daß man sich Gedanken macht, wie man manche Großbürokratie des Staates ersetzen kann — nicht durch private Großbürokratien, sondern durch dezentrale und mitbestimmte Strukturen. Nur so wird man verhindern können, daß das Unbehagen an manchen Erscheinungsformen unseres Sozialstaates umkippt in eine Ablehnung des Sozialstaates überhaupt.

Eine letzte Bemerkung: Die Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit als Voraussetzung von Kontaktmöglichkeiten mit Jugendlichen der Alternativszene bedingt nicht nur Veränderungen in der praktischen Politik, sondern auch Veränderungen in den Verhaltensweisen der Politiker. Gerade Jugendliche beobachten sehr genau, inwiefern das persönliche Verhalten von Politikern in Einklang steht mit deren theoretisch vertretenen Positionen. Die Glaubwürdigkeit der Politik hängt für sie in erster Linie von der Glaubwürdigkeit der Personen ab. Und wer kann bestreiten, daß es damit in allen Parteien Probleme gibt. Um so wichtiger ist, daß die Parteien bereit und in der Lage sind, dort einen Prozeß der Selbstreinigung in Gang zu setzen, wo Verfälschung, prinzipienloser Karrierismus und Arroganz gegenüber den Bürgern um sich gegriffen haben. Denn eines ist auch klar: Junge Menschen glauben den Politikern und den Parteien nicht mehr das, was diese sagen, sondern nur noch das, was diese tun.

Die Abhandlung „Zur Alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“ des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit wird vom zuständigen Minister, Frau Huber, in jenem unsäglichen Bonner Polit-Jargon ein „Papier“ genannt. Das sagt noch nichts über den Inhalt der Studie, aber eine Menge über ihren Stellenwert auf der Chefetage des Ministeriums.

Das „Papier“ hat einen schweren Nachteil: Es klappert nach, es hinkt hinter dem jedermann zugänglichen Erkenntnisstand fast zwei Jahre hinterher. Neue Erkenntnisse vermittelt es nicht, allenfalls die Bestätigung dessen, was die Alternativkultur den Politikern und staatlichen Institutionen eben vorwirft: Worte, die keinem weh tun, Analysen, Beschreibungen, Wertungen, unverdächtige Schlußfolgerungen, aber nichts Konkretes.

Ein Papier für Politiker, die Vorlagen für ihre Reden brauchen, die mit „Durchblick“ glänzen wollen, die ihre Meinungen aus Sekundärliteratur wie dieser beziehen. Verantwortliche Politiker, die „lesen lassen“, die Zusammenschnitte verschiedenster Ausarbeitungen dem Lesen der Originaltexte oder gar dem persönlichen Gespräch mit denen, über die geschrieben wird, vorziehen.

Nun gut. Zeitmangel, Streß, ein Wust von Papieren entschuldigt vieles. Es ist sogar verständlich, daß man sich nicht ernsthaft mit neuen Lebensformen beschäftigen will, die vielleicht darauf hinauslaufen, einen selbst zusammen mit dem ganzen Wust überflüssig zu machen... Mit wachsender Unlust habe ich mich gefragt, was uns diese Studie des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit bringt. Vielleicht die freudige Erkenntnis, daß sich jetzt auch — schließlich und endlich — eine staatliche Institution, wie das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, mit der Alternativszene befaßt? Sogar ganz offiziell befaßt? Indem es den Hunderten von gleichartigen Ausarbeitungen eine weitere hinzufügt, sozusagen den Versuch einer Zusammenfassung der verschiedenen vorliegenden Erkenntnisse, aber keinesfalls weitergehend oder informativer als diese?

Es ist doch bekannt: Spätestens seit dem verstärkten Auftreten der Bürgerinitiativen (und das ist schon einige Jahre her) beschäftigen sich alle möglichen Leute und Institutionen mit den Tatbeständen, die dazu geführt haben.

Zuerst waren es die Wissenschaftler, die ein neues Forschungsobjekt gefunden hatten. Dann „forschten“ die politischen Organisationen, wie Jugendverbände, Parteien, Gewerkschaften usw. Und dies aus naheliegenden Gründen: Sie bemerkten oder befürchteten, daß ihnen ihr Potential (Mitglieder, Wähler) davonzulaufen drohte. Dies galt es zu verhindern. Also wurden Meinungsforschungsinstitute und Wissenschaftler beauftragt, nach den Gründen zu suchen. Vor den Wahlen (wie spreche ich diese Aussteiger am besten an?), nach den Wahlen (warum wurde so und nicht anders gewählt?) und zu aktuellen Ereignissen (Nürnberg, Zürich, Hausbesetzungen) häuften sich die Papiere. Und sie wurden sich immer ähnlicher, bei allen Parteien. Kein Wunder, denn alle fußen auf denselben Daten und begnügen sich mit einer Situationsbeschreibung nebst Analyse.

Zur Abrundung und wegen des als wichtig erkannten „Dialogs“ kamen noch Veranstaltungen, Seminare, Symposien, Tagungen usw. dazu. Demnächst sogar ein veritabler CDU-Parteitag. Und eine Enquete-Kommission des Bundestages sowieso. Mit dem Ergebnis:

Wir wissen es jetzt. Wir kennen nun die Gründe, die tieferen Ursachen, die zum Ausstiegsverhalten führen. Wir kennen bereits -zig Kategorien, Einteilungen und Klassifizierungen der verschiedenen Arten des Alternativseins. Wir haben gelernt, daß Drogensucht, Jugendsekten, Jugendunruhen, Landkommunen, Netzwerk usw. Symptome derselben, tieferliegenden gesellschaftlichen Ursachen sind. Wir haben es erklärt bekommen:

- aus soziologischer Sicht,
- aus psychologischer Sicht,
- aus historischer Sicht,
- aus politologischer Sicht,

und was es der Sichtweisen sonst noch gibt. Wir sind argumentativ doch schon lange fit. Wir können wunderbar die Herkunft der verschiedenen Strömungen analysieren, die Fehler aufzeigen, allgemeinbleibende Lösungsvorschläge entwickeln.

Wir — die Politiker — wissen sogar, daß wir selbst schuld an allem sind. Wir bekamen es oft genug gesagt, wir sagen es auch selbst. Und das schon seit Jahren.

Ich habe mir einmal die Argumentationshilfen, Redeentwürfe, Presseerklärungen, Aufsätze, Artikel, Kommentare, Bücher usw. angesehen.

hen, die in den letzten zwei bis drei Jahren zu diesem Thema allein in der F.D.P. gemacht worden sind. Die ersten unterscheiden sich von den letzten kaum. Das heißt, alle diese löblichen Erkenntnisse hatten wir schon vor Jahren. Vielleicht sind die Selbstanklagen etwas radikaler, leidenschaftlicher geworden. Was früher noch in mehr internen Papieren stand, wird jetzt auch öffentlich geäußert.

Und dies scheint bei allen Parteien, Jugendorganisationen, Gewerkschaften usw. der Fall zu sein. Da werden immer neue Thesen vorgelegt, zur Jugendpolitik, zu den Grünen, zu der Alternativen Liste, zu den Jugendunruhen usw. Immer mehr selbstkritische Bücher erscheinen auf dem Markt. Politiker und Mitarbeiter wissen kaum noch, wie sie es „noch anders ausdrücken“ sollen. Mit geheimer Genugtuung stellt man dann fest, wo wieder jemand wörtlich von wem abgeschrieben hat. Die Wortvariationen guter Gedanken sind eben begrenzt. So legt die SPD ein brandneues Thesen-„Papier“ vor, das Monate vorher schon als Aufsatz im „Vorwärts“ zu lesen war. Und woher kommt das ganze, was zeigt dies?

Nur eines, nämlich, daß seit Jahren kein Fortschritt erzielt worden ist. Über Analysen und unverbindliche verbale Verbesserungsvorschläge sind wir nicht herausgekommen. Und das ist peinlich genug.

Zum Glück wird diese Peinlichkeit auch von manchen Politikern empfunden. So weigerte sich vor kurzem ein F.D.P.-Politiker, zur Jugendpolitik zu sprechen, weil er nicht wußte, was er Neues sagen sollte. „Ich kann doch nicht schon wieder dasselbe sagen“, meinte er zu mir. Zwar kann man die Wahrheit nicht oft genug sagen, aber was nützt eine Wahrheit, wenn nichts auf sie folgt?

Im Moment ist es bei Politikern Mode, sich immer wieder tapfer zu den Widersprüchen in der Politik zu bekennen — als wenn wir daran total unbeteiligt wären. Wir haben mittlerweile eine Technik, politische Handlungen von den Personen, die sie ausführen, und erst recht von denen, die sie kritisieren, zu abstrahieren, die kaum noch übertroffen werden kann.

Nachdenkliche Nabelschau, leidenschaftliche Anklagen, lautes Wehklagen darüber, daß Politiker erst reagieren, wenn Steine fliegen. Wenn schon mal „wir“ statt „die Politiker“ gesagt werden würde, wenn sich der Redner wenigstens verbal dazurechnen würde, das wäre vielleicht ein kleiner Anfang.

Keine Diskussion über Jugend ohne dieselben abgelutschten Schlagworte:

— Wir müssen nicht Symptombekämpfung, sondern Ursachenforschung betreiben. (Geforscht wurde eigentlich genug. Wann ziehen wir die Konsequenzen?)

— Es geht im Kern um Glaubwürdigkeit, sogar um Moral. (Man müßte einmal zählen, wie oft diese Worte in einer Rede zur Zeit vorkommen.)

— Natürlich sind das gewisse Sachzwänge ... (Die offenbar ganz plötzlich da sind, die keiner geschaffen hat. Und die absolut sind, nämlich „absolut nicht veränderbar“.)

— Wir sind mit einem massiven Ausstiegsverhalten konfrontiert. (Thema Nr. 1 der Analysen, die zu nichts führen.)

— Wir brauchen den Dialog; wir müssen zuhören lernen; nicht *über*, sondern *mit* den Alternativen (Jugendlichen, Ausländern, Behinderten, Alten ...) reden; aber selbstverständlich „ohne Anbiederung“. (Schon beim Schreiben dieser Worte sträubt sich mir die Feder.)

— Hilfe zur Selbsthilfe — mehr wollen „die jungen Leute“ nicht. (Viel beschworener Grundsatz, in der Praxis oft nicht wiederzufinden.)

— Bürgernähe, Partizipation, innerparteiliche Demokratie — das ist gefordert! (Sehr „gefährliche“ Prinzipien, weil Bürger und Basis doch die Komplexität und Sachzwänge der Strukturen nicht kennen, die den „Oberen“ Macht und Stellung sichern. Zum Glück ist es bisher beim Reden geblieben.)

— Mehr Freiräume müssen geschaffen werden. (Man kann gut fordern, was andere sich bereits genommen haben.)

— Humanisierung, mehr Menschlichkeit, Solidarität und Zuwendung sind die neuen Werte. (Außer schwammigen Glücksvorstellungen weiß niemand genau, was das eigentlich ist und wie man so etwas nun konkret ausfüllen kann.)

— Parteien und Verbände sind anonyme und verkrustete Apparate. (Wer wüßte das besser als diejenigen, die sich dies zu Nutze machen.)

— Ecken und Kanten muß man zeigen, keine Angst vor Tabus haben. (Papier ist ja geduldig, ein progressives Image ist auch nicht schlecht.)

— Neue Werte, neue Sinnggebung, nicht immer nur Wachstum und Leistung um jeden Preis. (Ein wunderschönes Thema zum Philosophieren, aber wir kennen ja alle die „Sachzwänge unseres Systems“. Und wofür sind die Kirchen da?)

Dieser Katalog könnte eine Stichwortsammlung sein für eine beliebige Rede, die ganz sicher „prima ankommt“, Beifall, gute Presse, gutes Image und damit das gute Weiterkommen in der politischen Karriere sichert.

Wir haben es gelernt, Forderungen zu entwickeln und „offensiv zu vertreten“, d. h. immer wieder in Reden und Aufsätzen zu wiederholen, ohne auf den Gedanken zu kommen, daß wir ja selbst die Adressaten sind. Wir setzen uns sozusagen an die Spitze der Bewegung, machen uns die Forderungen der Basis zu eigen (wenn wir ihr nicht noch schnell zuvor kommen), nur verschleiern wir damit, daß die Forderungen an uns selbst gerichtet sind und wir uns nicht aufgefordert fühlen. Wir beherrschen die Meinungsbildung von oben nach unten recht gut — wenden sie aber nur bei anderen Themen an.

Wir wollen dartun, wie ernst wir die Probleme nehmen, indem wir Kommissionen einsetzen und „Papiere“ erarbeiten lassen. Ein gutes Alibi fürwahr. Und wundern uns, wenn auf die Ergebnisse niemand mehr warten will, weil sie jeder längst kennt.

Die Studie des Familienministers bringt auch nicht mehr als eine neu gegliederte Aufzählung von Ursachen und Hintergründen. Sie zeugt davon, wie schwer es politischen Institutionen fällt, etwas darzustellen, was ihnen wesensmäßig absolut fremd ist, zu dem sie von daher schon keinen Zugang haben.

Da sind offensichtlich Verständnisschwierigkeiten, wo andere Denkprozesse, andere Wertvorstellungen beleuchtet werden (zum Beispiel bei der Beschreibung von solidarischen Verhaltensweisen). Da wird eben in anderen Kategorien gedacht.

Distanz und Arroganz werden deutlich, wo immer nur von „vermeintlichen“ oder „angeblichen“ Mißständen die Rede ist. Gerade in diesem Punkt ist die Ausarbeitung eher rückschrittlich, andere Arbeiten zum Thema offenbaren eine höhere Sensibilität.

Da werden Bewegungen nur kurz oder gar als unpolitisch beschrieben, die eine große politische Bedeutung haben: Friedensbewegung, Frauenbewegung, Homosexuelle usw. Projekten mit wirtschaftlicher Bedeutung (Alternativpresse) wird dagegen ein breiter Raum gewidmet. Es fehlt völlig eine Auseinandersetzung mit bereits praktizierten neuen Lebens- und Arbeitsformen, neuen Organisationsformen.

Da sind seltsame politische Folgerungen wie „Sachzwänge glaubhaft machen“, anstatt sie selbst in Frage zu stellen oder wenigstens in Frage stellen zu lassen. Da wird Wissen und

Wissenschaftlichkeit wieder zum Dogma erhoben, obwohl vorher herausgestellt wurde, daß solches gerade nicht gefragt ist. Da ist wieder von Dialog die Rede, wo vorher so distanziert, quasi im Konjunktiv, die von den Alternativen angeprangerten Mißstände aufgezählt wurden.

Da werden „in der Jugendpolitik“ Persönlichkeiten gesucht, die auch Fehlschläge in Kauf nehmen und offensive Modelle verantworten und unterstützen. Welche Persönlichkeiten brauchen wir demgegenüber in anderen Politikbereichen?!

Ferner Forderungen, die bereits seit Jahren in den Wahlprogrammen aller Parteien stehen. Unverbindlicher und ausgewogener geht's nicht. Was ich mir gewünscht hätte, wäre eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Alternativbewegung, ihren Zielen und ihren Projekten. Hierzu gibt es noch nicht so viel, als daß nicht noch erhebliche Informationslücken und Diskussionsdefizite offen geblieben wären.

Nach dieser ganzen Kritik aber jetzt auch die Frage: Was tun? Die Antwort ist einfach: als erstes: genug der Worte — auch meiner. Keine Analysen mehr, keine weitere Ursachenforschung. Der klugen Worte sind genug geschrieben, sie füllen bereits Regale und sind fast nur noch unter dem Aspekt der Beschäftigungspolitik interessant.

Dann: Nicht mehr über Dialog reden, sondern damit anfangen. Ohne Presse, ohne Fernsehen. Hingehen. In die Projekte, in die Kneipen. Selbst Fragen stellen. Lieber tatsächlich Gespräche führen, als davon reden, daß sie geführt werden sollen. Mal am eigenen Leibe erfahren, wie es ist, wenn „absolute Sachzwänge“ in Frage gestellt werden. Bei der Antwort Phantasie entwickeln.

Wenn schon geforscht werden muß, dann jetzt den zweiten Schritt tun: die alternativen Projekte, die neuen Formen von Zusammenleben, Arbeiten und Organisationen kritisch untersuchen und darüber reden, ob und wie diese gesamtgesellschaftlich umgesetzt werden könnten (Netzwerk, Genossenschaften etc.). Nicht alles ist gut und richtig, nur weil es alternativ ist oder sich gegen „Etabliertes“ wendet. Da gibt es vieles, was man so nicht hinnehmen und akzeptieren muß, was zwar „emotional nachvollziehbar“ ist, aber allein deswegen nicht allen vernünftigen Überlegungen abhold sein muß. Solch kritisches Verständnis, eine solche ernsthafte Auseinandersetzung auf politischer Seite fehlt bisher.

Wo sind die Kommissionen, die sich ernsthaft neue Partizipationsmöglichkeiten z. B. in Parteien ausdenken? Dazu bestehen bisher noch

nicht einmal Alibi-Kommissionen. Gerade hier haben die neuen Parteien andere Muster entwickelt, die ernsthaft diskutiert werden sollten.

Wo ist die politische Resonanz auf bereits stattgefundene Seminare und Tagungen zum Thema Bürgerbeteiligung, alternative Lebensformen, Global 2000 und vieles mehr auf oberster Ebene? Wir können sofort anfangen mit kleinen, zunächst „ungefährlichen“ Experimenten in unserem eigenen Bereich, den Parteien. Zum Beispiel die Mitteilungsblätter unserer Gliederungen umstrukturieren auf Selbstgestaltung durch die Mitglieder, auch wenn dafür vorgesehene Blätter zunächst leerbleiben. Leere Blätter können die Entwicklung der Kreativität sehr fördern.

Wir können kleinliche **Verwaltungsvorschriften** und **Praktiken abbauen**, die **Eigeninitiativen** behindern. Wir können **alternative Projekte** unterstützen. **Weniger** durch **regelmäßige finanzielle Zahlungen**, mit denen **Mitspracherechte** und **Kontrollen verbunden werden**, als zum Beispiel durch das **Bereitstellen von Häusern**. Ferner helfen bei **alternativen Lebensformen**, z. B. **gemeinsames Sorgerecht für nichtverheiratete Eltern**; **Erleichterungen des Wohngeldbezuges für Wohngemeinschaften** usw. Wahrscheinlich ist es für die F.D.P. leichter als für die anderen Parteien, hier vorzupreschen. Als kleinere Partei kann sie es sich eher leisten, für Minderheiten einzutreten, Tabuthemen aufzugreifen und flexibel zu reagieren. Sie ist keinen Ideologien verpflichtet und versteht sich als **Anwalt des einzelnen**, als **Befürworter gerade der Individualität**, die in der Alternativszene so gesucht wird. Ich sehe daher gerade in der F.D.P. die Chance, daß sie sich **neuen Ideen und Lebensformen öffnet**.

So versuchen wir, von **neuen Initiativen zu lernen** und aus ihren Erfahrungen **Konsequenzen zu ziehen**. Das gelingt nicht immer, manchmal erst mit **erheblicher Zeitverzögerung**. Aber wir haben mit dem „Dialog“ oft genug als **erste angefangen**:

— Wir sind **frühzeitig auf die Bürgerinitiativen eingegangen** und haben nach einer **gemeinsamen Basis gesucht**, als andere noch eher **verschreckt reagierten**.

— Die **liberale Friedrich-Naumann-Stiftung** hat ein **Hearing zu Global 2000 durchgeführt**, obwohl die „**verantwortlichen Politiker**“ den Bericht **anscheinend lieber totschweigen wollten**.

— Die **Friedrich-Naumann-Stiftung** hat vor kurzem ein **Seminar über alternative Lebens-**

formen (hauptsächlich über das Netzwerk) durchgeführt, um so eine **kritische inhaltliche Auseinandersetzung in die Wege zu leiten**.

— Die **F.D.P.** hat als **erste Partei ein offenes Jugendforum in der Hamburger „Fabrik“ durchgeführt** mit dem in der Politik so **gefürchteten ungewissen Ausgang**.

— **Libérale Vorfeldorganisationen arbeiten mit Alternativgruppen zusammen**, vermitteln **Gespräche zwischen Politikern und Aussteigern**, zwischen **Institutionen und Betroffenen**.

Die **Erfahrungen** hieraus für unsere politische **Arbeiten** sind **unersetzlich**. Wir erfahren zum **Beispiel aus erster Hand**, wie in der **Praxis** — oft auch von **eigenen Parteifreunden** — gegen die **Interessen von Betroffenen gearbeitet wird**. Wie **Vorurteile** und **sonstige Mechanismen** oft schon ein **Gespräch unmöglich machen**. Wie **Politiker und Betroffene** erst eine **gemeinsame Sprache finden müssen**.

Aus diesen **Erfahrungen** müssen wir **mehr machen**. Denn **leider** blieb es oft **genug bei dieser ersten Kontaktaufnahme**, beim **Anstoß**. Es kann nicht dabei **bleiben**, daß wir **nur etwas „auf den Wege bringen“** und uns **nachher nicht mehr darum kümmern**. Daß es uns im **Grunde reicht**, unseren **guten Willen** durch eine **einmalige Aktion öffentlichkeitswirksam kundgetan zu haben**.

Wir **mögen den Vorteil haben**, **schneller den ersten Schritt tun zu können**. **Nur dürfen wir uns darauf nicht ausruhen**.

Hier **müssen wir weiteremachen**: Vor **Ort**, hauptsächlich in der **Kommunalpolitik**, in den **Bereichen**, die jeder **unmittelbar erlebt**. Die **lokale Basis** ist die **entscheidende**, sie hat noch die **Berührungspunkte**, die uns „**da oben**“ **fehlen**. Dies wird **leider nur allzu oft vergessen**. Es liegt **jetzt an uns**, ob die **staatlichen Institutionen**, auch die **Parteien**, auf **lange Sicht ausgeblutet** werden durch eine **Gegengesellschaft**, die sich **ohne sie bildet**. Ob wir **mutig genug sind**, die **vermeintliche Sicherheit** unseres **bürokratischen und institutionellen Korsetts** einzutauschen gegen **offenere** und damit **ungewissere**, **weniger vorausberechenbare** und **beeinflussbare Modelle**. Wir **müssen Farbe bekennen**, ob uns **Posten, Macht, Stellung und Einflußnahme** wichtiger sind, oder ob wir **bereit sind**, mit zu **experimentieren**, **notfalls unter Verlust** eben dieser **Stellung**. Und wir **müssen uns darüber klar werden**, ob der **Verlust** dieser **Stellung überhaupt ein „Verlust“ für uns sein muß**.

Verständnis zwischen den Generationen

Die vom Bundesministerium für Jugend vorgelegte Studie mit dem Titel „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“ ist ein weiterer nützlicher Beitrag für die Bewältigung eines Phänomens, das mittlerweile längst keine Randerscheinung in unserer Gesellschaft mehr ist, wie es vor Jahren noch der Fall war.

Allerdings überrascht mich die Verwendung des Ausdruckes „alternative Kultur“, weil ich der Meinung bin, daß der Inhalt dieser Studie lediglich die Darstellung alternativer Gruppen und alternativer Projekte beinhaltet. Die jetzt erkennbaren Inhalte, Motive, Beweggründe der „Szene“ oder Teilkultur — wie die Bezeichnung eigentlich lauten müßte — lassen nicht den Schluß zu, daß es sich hier um eine Kultur handelt im Sinne einer in sich geschlossenen Alternative zur herkömmlichen Lebensweise der Bevölkerung unseres Landes. Die Untersuchung bezieht sich im wesentlichen auf Verhalten und Einstellungen der Jugend zu Staat und Gesellschaft, was sicherlich eine Verkürzung der Gesamtthematik bedeutet. Das Ergebnis dieser Studie ist für mich auch das offene Eingestehen von Fehlern und Versäumnissen der Politik im letzten Jahrzehnt; denn in diesen Jahren sind politische Weichenstellungen vorgenommen worden — vielfach von Teilen der Massenmedien inszeniert oder unterstützt —, die in nicht unerheblichem Maße zur Bildung von alternativen Gruppen beigetragen haben.

Die in den letzten Monaten feststellbaren Aktivitäten in der alternativen Szene dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Jugend sich solchen Gruppen anschließt.

Auch gibt es in der Jugendforschung diametral entgegengesetzte Bewertungen über das Verhalten der Jugend zu Staat, Gesellschaft und tragenden Institutionen. Auf der einen Seite vertritt man die Auffassung, daß sich gegenüber der Nachkriegsgeneration keine dramatische Veränderung in der Einstellung der Jugendlichen zum Staat, zu Politik, Familie und Beruf nachweisen lasse, auf der anderen Seite wird die Meinung vertreten, es gebe spektakuläre Anzeichen eines epochalen Wertwandels und eine Abkehr der Jugend von den klassischen Verhaltensmustern.

Ich meine, daß die Konflikte zwischen Jugend und Gesellschaft in erster Linie das Ergebnis

ungelöster Probleme sind, die innerhalb der Gesellschaft bestehen. Der Ansatz zur Bewältigung der vielfältigen und differenzierten Gesamtproblematik muß deshalb darin liegen, die Spannungen in der Gesellschaft zu entkrampfen und nach Lösungen zu suchen, wie diese behoben werden können.

Die in der Studie genannten Themen, die es der Jugend zumindest sehr erschweren, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren und die die Bereitschaft auszusteigen, fördern, müssen exakt analysiert werden, damit mit einer sorgfältig abgestimmten Politik das Ziel erreicht wird, die Mitglieder alternativer Gruppen wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

Die heute vielfach auftretenden politischen Schwierigkeiten, mit denen sich die Jugendlichen auseinandersetzen, sind keineswegs neu, sie waren auch in früheren Zeiten durchaus vorhanden, wenn auch anders geprägt. Ich denke dabei z. B. an die Perspektivlosigkeit vor allem in unmittelbaren Nachkriegszeiten.

Die mangelhaften beruflichen Perspektiven spielen beispielsweise bei der heutigen Jugend nicht deshalb eine wichtige Rolle, weil sie beim betroffenen Jugendlichen das Bewußtsein fördern, nicht gebraucht zu werden. Dies ist eher für den älteren Menschen ein bedeutsames Problem. Vielmehr ist heute häufig festzustellen, daß junge Menschen dem Anspruch des „Gebraucht-Werdens“ viel lieber aus dem Wege gehen. Auch die Suche und die Forderung nach mehr Lebensqualität ist kein neues Problem. Der „... Ungerechtigkeit in (der) Beziehung zur Dritten Welt“ entsprach früher die Ungerechtigkeit in der Behandlung der verschiedenen Schichten des eigenen Volkes. Meines Erachtens sind die heutigen Zeiterscheinungen nicht ursächlich für das Entstehen der in dieser Studie beschriebenen „alternativen Kultur“.

Auch typische jugendpsychologische Probleme gab es schon immer, sie wurden aber entweder von der Übermacht moralischer Normen oder aber auch durch die Übermacht einer Gesellschaftsideologie kanalisiert.

Während sich übermächtige Gesellschaftsideologien, z. B. der Nationalsozialismus, die Verführbarkeit der Jugend zunutze machten, wurden andererseits früher Werte und Normen als erstrebenswert und verpflichtend gesetzt.

Die Identifikation mit diesen Werten und Normen ergab vor allem bei den jungen Menschen ein Selbstwertgefühl, das gleichzusetzen ist mit dem Erlebnis der Selbstfindung und der Selbstverwirklichung. Es bestand ein breiter Konsens durch alle soziologischen Schichtungen in diesen Fragen.

Wir stehen heute vor dem Problem, daß eine totale Aufweichung unseres Wertgefüges stattgefunden hat, gefördert nicht zuletzt durch die Politik seit 1969.

Hier scheinen auch die tatsächlichen Ursachen und Gründe zu liegen für die Entwicklung in den letzten Jahren, weshalb auch davon ausgegangen werden kann, daß das Denken der Jugend nur die allgemeine gesellschaftliche Situation widerspiegelt.

Man kann sich doch heute nicht wundern und beklagen, daß sich allgemein und bei den Jugendlichen im besonderen Orientierungslosigkeit breit macht, angesichts der Tatsache, daß bewußt Werte, Normen und Traditionen in Frage gestellt bzw. vernichtet wurden. Man glaubte mit einer übersteigerten Konflikttheorie und mit einer Fortschrittgläubigkeit, die keine Grenzen kannte, die bereits sichtbaren Probleme lösen zu können. Darin liegt gesellschaftspolitisch das große Versagen der sozialistisch-liberalistischen Koalition. Diese von den Regierungsparteien immer wieder genannten Ziele bewirkten bei vielen Jugendlichen nicht die angeblich angestrebte Mündigkeit, sondern vielmehr Orientierungslosigkeit.

Auch die Aufweichung des Rechtsbewußtseins, die Untergrabung der Autorität höchster staatlicher Instanzen und nicht zuletzt die systematischen Versuche, die Struktur unserer Familien Schritt um Schritt zu verändern, haben entscheidend dazu beigetragen, daß ein geistiges Vakuum entstanden ist, in das mit Erfolg marxistische Heilslehrer und sonstige „Verführer“ gestoßen sind.

Daraus erwächst zwangsläufig auch eine Gefahr für unsere freiheitliche Ordnung, auf die auch bei der Kommentierung der Studie hingewiesen werden muß.

Die Gefahren der Bewegungen liegen in ihren „politischen Ansprüchen“. Sie fordern eine menschlichere Politik durch Rückkehr zum einfachen Leben. Sie verlangen totale Veränderung der Lebensweise und der Produktionsformen, erwarten aber gleichzeitig, daß für jeden Jugendlichen der gewünschte Arbeitsplatz zur Verfügung steht, und sie erwarten natürlich umfassende Fürsorge des Staates, ohne sich ernstlich Gedanken darüber zu machen, woher dann die erforderlichen finanziellen Mittel genommen werden sollen.

Weitere Gefahren entstehen aus der Illiberalität und Toleranzlosigkeit gegenüber Andersdenkenden, die mit einer nicht verstehbaren moralischen Überlegenheit der eigenen Position gerechtfertigt werden.

Die in der Studie erwähnte Abgrenzung „zur orthodoxen marxistischen Dogmatik“ und Hinwendung zur „Theorie des Anarchismus“ deutet ebenfalls darauf hin, daß hier Verbindungen bestehen, die von staatlichen Stellen nicht widerspruchsfrei hingenommen werden dürfen. Daß die Rechte einzelner mißachtet, Gewalt zur Durchsetzung der Ziele ins Kalkül gezogen und auch angewendet wird, erleben wir ja täglich.

Wenn auch die „Szene“ äußerst heterogen zusammengesetzt ist und die Gruppen mit dem zuvor beschriebenen ideologischen Hintergrund in der Minderzahl sind, muß von staatlicher Seite die Entwicklung sehr ernst genommen werden, weil die Grenzen zwischen den Gruppen äußerst fließend sind und sich zeigt, daß insgesamt ein hoher Mobilisierungsgrad erreicht wird.

Eine der Hauptaussagen der Studie ist „die Idee, mit weniger besser zu leben“. Dies ist durchaus verständlich und akzeptabel, wenn daraus auch von denen, die dies fordern, die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Ich will die Neigung vieler junger Menschen, die den Wunsch nach einfacherem Leben haben, nicht negativ bewerten, fordere sie aber gleichzeitig auf, auch Verständnis für jene aufzubringen, die Not und Elend des letzten Krieges und der Nachkriegszeit erlebt haben und mit großem Engagement aus Trümmern ein blühendes Land geschaffen haben. Wer diese Erfahrung nicht gemacht hat, kann nicht ermessen, was Not bedeutet und was es bedeutet, in einer freien Demokratie zu leben.

Die Aufgaben, die in diesem Zusammenhang an Politik, Parteien und gesellschaftliche Institutionen gestellt werden, sind nicht leicht, aber durchaus lösbar. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Jugend mit ihren Problemen nicht als Einheit, sondern als eine Vielzahl von Gruppen mit den unterschiedlichsten Verhaltensmustern angesprochen werden muß, und daß dabei Minderheitenprobleme nicht zu Problemen „der Jugend“ gemacht werden sollten.

Falsch wäre es, aus Opportunitätsgründen der Jugend Zugeständnisse zu machen, die eine Belastung der Gesamtgesellschaft zur Folge haben würden.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß den Wertfragen nicht weiter ausgewichen wird. In

der Wertediskussion darf es kein Steckenbleiben geben, denn von zentraler Bedeutung für junge Menschen ist eine Antwort auf ihre Sinnfragen, vor allem heute, da kaum noch ein verbindliches Moral- und Wertesystem in unserer Gesellschaft vorhanden ist.

Bei der Suche nach einer neuen Sinnfindung und der Vermittlung traditioneller Werte müssen auch nichtmaterielle Werte ihren besonderen Platz haben. Den jungen Menschen muß verständlich gemacht werden, daß ihr Elan und ihr Idealismus für die Weiterentwicklung und die Verbesserung der Gesellschaft von größter Bedeutung ist.

Dazu bedarf es des Verständnisses der Erwachsenen-Generation. Jede Form von Selbstgerechtigkeit der Erwachsenen ist überflüssig. Die Jugend hat ein Recht, zumindest ernst genommen zu werden.

Geschieht dies, wird es ihr auch leichter fallen, gegenüber Andersdenkenden nicht mit Intoleranz und Aggression, sondern vernünftig und angemessen zu reagieren.

Für die durchaus vorhandene Bereitschaft zu sozialem Engagement müssen ein entsprechender Spielraum und konkrete Betätigungsfelder geschaffen werden. Hier bieten sich insbesondere Möglichkeiten in den Gemeinden an. Wenn es den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft gelingt, hier auf dieser Ebene miteinander zu sprechen und zu arbeiten, werden sich manche Probleme lösen lassen.

Nur so wird es gelingen, die Rückzugs- und Fluchtbereitschaft, die auf Distanz zu Staat und Gesellschaft zurückzuführen ist, einzudämmen.

Die Stärkung der Rolle der Familie ist für mich eine wichtige Voraussetzung für eine gute Jugendpolitik. Eine Stärkung ist deshalb notwendig, weil sich in diesem gesellschaftspolitischen Bereich das ganze Ausmaß des Versagens von SPD und FDP zeigt.

Die Ideologen in SPD/FDP haben sich durchgesetzt. Für sie bedeutet der Staat alles und das Individuum nur wenig.

Ebenso geboten ist die Rückkehr zu einer Schule, in der nicht nur Kenntnisse vermittelt werden. Die Veränderungen und Experimen-

te, die seit der Übernahme der Regierung durch SPD und FDP im Schulbereich durchgeführt wurden, haben ebenfalls zu einer erheblichen Verunsicherung der jungen Menschen, aber zum Teil auch bei ihren Eltern beigetragen.

Familie und Schule sind für mich die wichtigsten Erziehungsinstitutionen. In ihnen kann und muß der junge Mensch beispielhaft auf sein späteres Leben vorbereitet werden.

Nicht die Vermittlung von „Konflikttheorien“, sondern objektive Geschichtsvermittlung ist notwendig, um den jungen Menschen in ihrem Gemeinschaftsbedürfnis entgegenzukommen, damit sie sich stärker als bisher an der Schicksals- und Überzeugungsgemeinschaft orientieren.

Bei verständnisvoller Auseinandersetzung ist es besonders in der Familie und in der Schule möglich, ein attraktives „Bild von der Gesellschaft der Zukunft“ zu vermitteln, hier ist es möglich, „Sachzwänge“ verständlich zu vermitteln und das Interesse zur Teilnahme an der politischen Willensbildung zu fördern.

In Familie und Schule ist es auch am ehesten möglich, von der Notwendigkeit der technischen Entwicklung zu überzeugen; hier kann das Interesse an technischen Berufen geweckt werden, von denen in entscheidendem Maße unsere wirtschaftliche und damit auch die Zukunft unseres sozialen Sicherungsnetzes abhängt.

Die ständigen Forderungen, für die Jugendlichen „Freiraum“ zu schaffen, dürfen nicht so weit gehen, daß schließlich „rechtsfreie Räume“ entstehen, wie dies zumindest jetzt ansatzweise feststellbar ist.

Wichtig ist vielmehr, in überschaubaren Bereichen die Jugend initiativ werden zu lassen.

Für die CSU ist Jugendpolitik „... treuhänderisches und partnerschaftliches Eintreten für die Interessen der jungen Menschen. Die Jugend hat das Recht, eigene Wege ohne Bevormundung durch die Erwachsenen zu suchen“.

Deshalb suchen wir das Gespräch und führen es, wo es möglich ist, im Geiste echter Partnerschaft.

**Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit:
Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/81, S. 3—15

Daß der aktuelle Jugendprotest auch eine Chance ist — diese Einschätzung der Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit aus dem April 1981 wird anschaulich an der in ihrem Hause entstandenen Arbeit zu einem Teilaspekt dieses Protestes: „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“.

Dieses Papier beschreibt Bewegungen, Projekte und politisch-kulturelle Strömungen, die sich als Alternative zu der traditionellen Lebens- und Arbeitsweise verstehen, gibt einen ersten Überblick und zeigt Zusammenhänge auf. Es stützt sich dabei auf das Studium der vorhandenen einschlägigen Literatur und das Gespräch mit Jugendlichen sowie mit Fachkräften der Jugendhilfe und Jugendarbeit.

Es werden die sehr verschiedenartigen Erscheinungsformen der alternativen Bewegung vorgestellt sowie alternative Projekte, ihre Möglichkeiten und Grenzen, die alternative Presse und die sogenannten alternativen Listen beschrieben.

Die Angaben über Größenordnung, Potential und Zusammensetzung der Mitglieder der alternativen Kultur stützen sich auf bereits vorhandene Daten, insbesondere aus Einstellungsuntersuchungen, und berücksichtigen dabei auch deren begrenzte Aussagefähigkeit im Hinblick auf neue soziale Phänomene. Aus einer Analyse der Bereitschaft zur Gewaltanwendung warnt die Arbeit vor einer härteren Haltung des Staates gegenüber der Alternativszene und wirbt für Verständnis und Toleranz gegenüber einer sich entwickelnden größeren kulturellen Mannigfaltigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein abschließendes Kapitel zeigt mögliche Folgerungen für die Politik auf; u. a. wird im Hinblick auf die auslösenden und verstärkenden Faktoren der aktuellen Unruhen eine menschlichere Schule, besserer Berufsübergang, Abbau von Jugendarbeitslosigkeit und Wohnungsnot gefordert.